

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4** **Standpunkt**
Fachkräftemangel in der
Kinder- und Jugendhilfe –
Impulse zum Umdenken
- 8** **Forschung & Publikationen**
Bauland mobilisieren und
durch Bodenpolitik
Wohnraum schaffen
- 21** **Neue Projekte**
Hitzeaktionspläne in der
Praxis
- 26** **Veranstaltungen**
Stadt am Fluss – Wasser in
der Stadt

Editorial

Standpunkt

- 4 Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe – Impulse zum Umdenken

Forschung & Publikationen

- 6 Wie Kommunen mit Baugeboten den Wohnungsbau voranbringen können
- 7 Neue Instrumente zur Schaffung von Wohnbauland
- 8 Bauland mobilisieren und durch Bodenpolitik Wohnraum schaffen
- 9 Mobilität, Flächen und Bauen neu denken und gemeinsam qualifizieren
- 11 Wie Städte gesünder werden können: Empfehlungen für die Praxis
- 12 Abbau von Investitionshemmnissen – auch in angespannten Zeiten
- 13 #Klimahacks-Update: Zehn Schritte zu mehr Klimaschutz in Kommunen
- 14 Moderne Stadtgeschichte: Städte im Russländischen Imperium vor 1800
- 15 Integrationsmonitoring: Wie gelingt Integration in der Kommune?

Neue Projekte

- 21 Städtebaurecht vor großer Novelle
- 21 Hitzeaktionspläne in der Praxis

- 22 Nachhaltige Mobilität fördern
- 22 Indikatoren für urbane Mobilität
- 23 Chancen der Kreislaufstadt
- 23 Velo-city Leipzig 2023

Veranstaltungen

- 24 Veranstaltungsvorschau
- 26 Stadt am Fluss – mehr Lebensqualität durch Wasserlagen in der Stadt
- 27 Zusammen ist man weniger allein: Interkommunale Kooperation
- 28 Richtwerte für öffentliches Grün: Weiterentwicklung erforderlich
- 29 Jugendämter als lernende Organisation
- 31 Nutzungsansprüche und Konflikte an der Bordsteinkante

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich Baugebot?
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwanderer
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Inter-/Extranet des Difu
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

was ist das größte Risiko für den Standort Deutschland? Woran scheitert in einigen Verwaltungen ein ordnungsgemäßer Vollzug? Oder in Bezug auf die Kommunen: Was steht einem Ausbau von Kindertagesstätten oder kleineren Gruppen in Kitas im Wege? Was ist das größte nicht-monetäre Investitionshemmnis, das einer Schließung der kommunalen Investitionslücke entgegensteht? Die häufigste Antwort ist derzeit in allen Fällen der Fachkräftemangel.

Das Problem ist riesig und die Empfehlungen sind ausgesprochen vielfältig: Längere Lebens- oder Wochenarbeitszeit, Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen durch Equal Pay und die Abschaffung des Ehegattensplittings, mehr qualifizierte Zuwanderung oder eine höhere Innovationsgeschwindigkeit bei der Digitalisierung.

Meine Kolleg*innen Dr. Thomas Franke, Dr. Beate Hollbach-Grömig und Kerstin Landua haben – jenseits der „großen Lösungen“ für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe im Standpunkt dieses Berichte-Heftes etwas genauer hingeschaut: Was ist in der Vergangenheit gut, was schlecht gelaufen und was muss getan werden, damit die Kinder- und Jugendhilfe auch zukünftig handlungsfähig bleibt?

Fachkräfte sucht auch das Difu, und zwar ziemlich genau seit 50 Jahren. 1973 wurde das Institut auf Initiative von Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages gegründet. Heute arbeiten rund 200 Kolleg*innen an unseren Standorten in Berlin und Köln. Wir sind stolz darauf und freuen uns, dass unsere Arbeit bei den Kommunen und unseren Auftraggebern so viel Wertschätzung erfährt. Im Herbst werden wir unser Jubiläum feiern und im Laufe des Jahres im Berichte-Magazin ein wenig über uns erzählen

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Prof. Dr. Carsten Kühl
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe – Impulse zum Umdenken

Die Kinder- und Jugendhilfe muss handlungsfähig bleiben, Kinderschutz als vorrangige Aufgabe gewährleisten und Zukunftsaufgaben qualitativ und quantitativ gut integrieren. Dafür ist ausreichend Fachpersonal dringend notwendig.

In den Kommunen zeigt sich seit einigen Jahren, dass neue Fachkräfte vielerorts nur noch schwer zu finden sind, da zwischen wachsendem Bedarf und Arbeitskräfteangebot eine immer größer werdende Lücke klafft. Öffentliche und freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe sowie Fachverbände formulieren die Sorge, aktuelle (Basis-)Aufgaben nicht (mehr) adäquat erfüllen zu können, so z. B. im Kinderschutz oder bei der Aufrechterhaltung anderer stationärer Angebote und Einrichtungen. Hinzu kommt, dass mit dem Inkrafttreten des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) im Jahr 2021 neu hinzugekommene Aufgaben in verschiedenen Handlungsfeldern sofort umzusetzen sind. Zunehmend Sorgen bereiten der Praxis weitere Herausforderungen: die Berücksichtigung von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen im SGB VIII, die steigende Zuwanderung von unbegleiteten minderjährigen Ausländer*innen (UMA) sowie die geplante Einführung eines Anspruchs auf Ganztagsbetreuung. Mit den derzeit vorhandenen Fachkräften können diese Aufgaben kaum noch bewältigt werden – weder quantitativ noch qualitativ.

Zwar hat sich die Zahl der Fachkräfte im sozialen Bereich seit 2006 verdoppelt, dennoch deckt das Angebot nicht den Bedarf. Zu den Ursachen gehört steigender Personalbedarf, beispielsweise durch Anforderungen schulischer Ganztagsbetreuung und Qualitätsverbesserungen in der Kinderbetreuung. Erschwerend kommen teils wenig belastbare Prognosen hinzu: Zwar liegt für die Beschäftigungssituation im Bereich der Kita-Betreuung gutes Zahlenmaterial vor, im Bereich der stationären Hilfen, im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) der Jugendämter sowie mit Blick auf den Fachkräftenachwuchs in Ausbildung sieht dies aber anders aus. Hier gibt es keine bundesweit belastbaren Daten, die Prognosen und damit eine fundierte Personalbemessung ermöglichen. Der sich beschleunigende Generationenwechsel verschärft die Probleme zusätzlich.

Verbesserungen sind also auf mehreren Ebenen von Nöten. Es sind wirksame Strategien und Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung in der Kinder- und Jugendhilfe erforderlich – hierüber besteht auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen Konsens. Es geht darum, fachliche

Anforderungen weiterhin zuverlässig und qualitätsgerecht zu bewältigen und erzieherische/sozialpädagogische Berufe insgesamt attraktiver zu machen. Dazu müssen auf Bundes- und Länderebene vor allem gesetzliche Rahmenbedingungen geändert werden. Und in den Kommunen geht es vor allem darum, flexibel auf die Situation zu reagieren. Hierzu gibt es bereits gute Praxiserfahrungen, kreative und pragmatische Vorschläge, innovative Herangehensweisen und fachpolitische Forderungen.

Das Difu unterstützt diesen fachlichen Diskurs. Die Kommunen und das Difu haben insbesondere den Bund und die Länder immer wieder auf limitierende Rahmenbedingungen und die Hauptursachen für alle Probleme rund um das Thema Fachkräftemangel hingewiesen: das Fachkräfteangebot, unterschiedliche Fachkräftelisten der Länder, das Tarifrecht, Ausbildungscurricula sowie eine zu geringe Zahl an Studienplätzen. Da die Fachkräftenachfrage seit vielen Jahren die Kapazitäten von Ausbildungseinrichtungen übersteigt, sollten diese insgesamt, vor allem aber bei dualen Studienplätzen, erhöht werden. Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse müssen beschleunigt und entbürokratisiert werden.

Initiativen und Programme auf Bundesebene zur Fachkräftegewinnung sind ein Schritt in die richtige Richtung – allerdings wurden diese Aktivitäten nicht verstetigt. Große Resonanz erfuhr das Bundesprogramm Fachkräfteoffensive (2019-2022) des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), in dessen Mittelpunkt unter anderem die praxisintegrierte vergütete Ausbildung zum/zur Erzieher*in stand. Derartige Förderprogramme sollten weitergeführt und mit Blick auf die geforderte Qualifikation der Mitarbeitenden flexibilisiert werden. Erfolgreiche Module dieses Programms, wie z. B. die praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieher*in länderspezifisch neu aufzulegen, wäre eine wichtige Option zur Fachkräftegewinnung. Auch sollte die Ausbildung von Erzieher*innen im Sinne der gemeinsamen Stellungnahme von ver.di und den kommunalen Spitzenverbänden aus dem Jahr 2021 neu geordnet werden. Kernpunkte sind eine Ausbildungsvergütung und eine umfassendere Praxisanleitung während der Ausbildung.



Fotos: Difu

 Dr. Thomas Franke
+49 30 39001-107
franke@difu.de

Dr.
Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Kerstin Landua
+49 30 39001-135
landua@difu.de



Foto: Adobe Stock, dusanpetkovic1

Als größte Hürde für einen flexibleren Umgang mit der Herausforderung Fachkräftemangel nehmen die Kommunen das Tarifrecht wahr, trotz der Möglichkeiten einer „weiten“ Interpretation der Grundlagen für Eingruppierungen. Mit Blick auf die zunehmende Vielfalt unterschiedlicher Fachkräfte in einer inklusiv ausgerichteten Kinder- und Jugendhilfe ist zu überlegen, nicht die Ausbildung, sondern die Tätigkeit zur Grundlage der Bezahlung zu machen. In der Praxis gibt es freie Träger, die dies bereits erfolgreich umsetzen. Nur so können auch geeignete „Quereinsteiger*innen“ zur Überwindung des Fachkräftemangels ins Spiel kommen. Auch mehr und finanzierte Nachqualifizierungskonzepte für soziale Arbeit und berufs begleitende Weiterbildungsangebote könnten helfen.

Es gilt, insgesamt Anpassungen vorzunehmen, auf deren Grundlage die benötigten (Fach-)Kräfte leistungsgerecht entlohnt werden können. Dies ist eine Forderung an den Gesetzgeber und die Tarifpartner – auch als wichtiger Schritt in Richtung gesellschaftlicher Anerkennung der Relevanz sozialer Arbeit und deren Wertschätzung. Diskussionen über die Bezahlung von Mitarbeitenden in sozialen Berufen haben in den letzten drei Jahren vor allem im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie deutlich zugenommen – Überlegungen, dieses Berufsfeld u. a. über Vertragsgestaltungen attraktiver machen zu müssen, gelten auch für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe.

Das Fachkräftegebot ist eine weitere übergeordnete Rahmenbedingung, mit der Kommunen umgehen müssen, wenn sie ihren Personalbedarf decken wollen. In der juristischen Auslegung gilt es nur für die öffentliche Jugendhilfe. Bei freien Trägern gibt es dagegen weder im Hinblick auf das Betriebserlaubnisrecht noch das Vertragsrecht ein zwingendes Fachkräftegebot. Wer „Fachkraft“ ist, wurde im Gesetz nicht definiert; es gibt hierfür also keine bundesgesetzlichen Vorgaben. Damit

eröffnen sich Handlungsspielräume für Kommunen, das Feld in Frage kommender Mitarbeiter*innen über „übliche“ Professionen wie Sozialarbeit oder Sozialpädagogik hinaus auszudehnen. Eine hohe Fachlichkeit ist wichtig. Es sollte bei der aktuellen Notlage aber vorrangig darum gehen, zu definieren, welche Kompetenzen in welchen Einrichtungen gebraucht werden, ohne Standards abzusenken und gleichzeitig ohne auf „Fachlichkeit“ aus Prinzip zu beharren. Es geht um stärker inhaltlich statt formal definierte Aufgabenprofile und das Arbeiten in multiprofessionellen Teams. Genutzt werden kann auch § 72 SGB VIII, der persönliche Eignung, fachliche Qualifizierung, Fortbildung und Praxiserfahrung als Voraussetzungen für soziale Arbeit nennt: Die „persönliche Eignung“ (unabhängig vom Abschluss) sollte als Kriterium für eine Stellenbesetzung viel stärker berücksichtigt werden.

Unabhängig davon, wie die Bundes- und Länderebene mit den Forderungen umgehen, beschreiben viele Kommunen innerhalb der vorhandenen Rahmenbedingungen bereits Wege, um schnell und flexibel mit dem drängenden Problem umzugehen. Dazu gehört die eigene Ausbildung von Fachkräften, die erfahrungsgemäß eine hohe Bindungswirkung entfaltet. Auch unbefristete Stellenausschreibungen, kommunale Fort- und Weiterbildungsangebote für soziale Berufe sowie flexible Arbeitszeitmodelle gehören zum Angebotsportfolio von Kommunen als Arbeitgeberinnen. Diese Anstrengungen sollten ausgeweitet und im Sinne von Erfahrungstransfers ausgebreitet werden, wozu auch das Difu einen Beitrag leistet.

Gleichwohl bleibt die Forderung nach veränderten Rahmenbedingungen in höchstem Maße bestehen, damit die kommunale Situation nicht als dauerhaftes „Not-Provisorium“ zwangsverstetigt wird. Dies hätten unsere Kinder und Jugendlichen wahrlich nicht verdient!

zum Weiterlesen

Konzept für Quereinsteiger der Senatsverwaltung Berlin:

➔ www.t1p.de/nhsut

Neuordnung Erzieher*innenausbildung:

➔ www.t1p.de/l5qi4

Personal im Jugendamt – Personal gewinnen und binden

➔ www.t1p.de/mzepa

Präsentation von Prof. Dr. Jan Kepert beim Difu-Seminar am 12./13.12.2022

➔ www.t1p.de/fwbu1

Wie Kommunen mit Baugeboten den Wohnungsbau voranbringen können

Eine neue Arbeitshilfe, die das Difu im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) entwickelt hat, gibt Empfehlungen, wie Kommunen das Instrument des Baugebots effektiv zur Schaffung von Wohnraum nutzen können.

Der Wohnraummangel in Deutschland stellt Städte und Gemeinden vor sehr große Herausforderungen. Es muss bei der Bewältigung dieser Aufgabe jedoch nicht immer nur um die Schaffung neuer Baugebiete gehen. Auch innerhalb der Städte bestehen zahlreiche Möglichkeiten, den dringend erforderlichen Wohnungsbau zu forcieren. So gibt es viele Baulücken, Brachflächen oder



Foto: Sybille Wenke-Thiem

bebauen oder ein vorhandenes Gebäude an bestimmte Kriterien anzupassen.

Bislang haben Kommunen Baugebote nur selten angewandt. In der Arbeitshilfe zeigt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) Wege auf, in welchen Fällen und auf welche Weise das Baugebot einen Beitrag zur Schaffung von Wohnraum leisten kann.

Viele Städte scheuen den vermeintlich hohen Verwaltungsaufwand bei der Aktivierung ungenutzter Baulücken für den Wohnungsbau. Bei der Entwicklung der Arbeitshilfe ging es dem Difu daher darum, Wege für ein effizientes und zugleich rechtssicheres Vorgehen aufzuzeigen. Um den Wohnungsbau auszuweiten, sollten Städte und Gemeinden alle Möglichkeiten nutzen, die vorhandenen Baurechte zu aktivieren. Sie sollten auf diejenigen zugehen, die nicht von sich aus ihre Grundstücke bebauen oder an Bauwillige veräußern. Es gilt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die das Baurecht den Kommunen an die Hand gibt. Das heißt auch, bei dringendem Bedarf Baugebote auszusprechen, um mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Und dazu kann die Arbeitshilfe einen Beitrag leisten, indem sie die teilweise bestehenden Unsicherheiten in der Anwendung dieses Instruments zu überwinden hilft.

Häufig reicht es bereits aus, die Option „Baugebot“ im Umgang mit Eigentümerinnen und Eigentümern von Grundstücken zu kommunizieren. Erfolgreich sind laut Difu-Arbeitshilfe Strategien, die über den Einzelfall hinaus vorhandene Potenziale identifizieren, Schwerpunkte setzen und diese durch ein gestuftes – informelle und formelle Handlungsoptionen nutzendes – Vorgehen systematisch erschließen. Die Publikation zeigt darüber hinaus, was zur rechtssicheren Anwendung des Baugebots erforderlich ist.

Die Arbeitshilfe stützt sich auf eine Studie, die das Difu nach Abschluss der Baulandkommission im Jahre 2019 im Auftrag des BBSR 2020 und 2021 umgesetzt hatte. In der Studie erarbeitete das Forschungsteam konkrete Lösungswege, wie Städte und Gemeinden das Baugebot rechtssicher, wirkungsvoll und unter effizientem Einsatz von Ressourcen anwenden können.

Baugrundstücke, die derzeit nur als Parkplätze oder auf sonstige Weise nicht effektiv genutzt werden. Diese Potenziale müssen gehoben werden, um schnell und ohne aufwändige Planungsverfahren neue Wohnungen bauen zu können. Städte und Gemeinden sind gefordert, zunächst mit Kooperations- und Unterstützungsangeboten, notfalls aber auch unter Einsatz eines Baugebots dem Wohnungsmangel entgegenzuwirken. Das Aussprechen eines Baugebots (siehe hierzu auch Seite 16) ermöglicht es den Gemeinden, die Eigentümer*innen durch Bescheid zu verpflichten, innerhalb einer Frist ihr Grundstück entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplans zu



www.difu.de/17735



Prof. Dr. Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de

Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de

Neue Instrumente zur Schaffung von Wohnbauland

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat eine Handreichung entwickelt, die Kommunen bei der Anwendung von Instrumenten der Baulandmobilisierung mit praxisorientierten Tipps und Impulsen unterstützt.

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und die dafür oft erforderliche Entwicklung von Bauland sind besondere Herausforderungen unserer Zeit. Auch wenn die Antwort auf den drängenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum nicht allein im Neubau liegt, besteht doch breiter Konsens, dass es ohne eine massive Steigerung des Wohnungsneubaus nicht gehen wird. Es gilt, vorhandene städtebaurechtliche Instrumente zu nutzen, um den Wohnungsbau zu forcieren. Dies ist bei den neu durch den Gesetzgeber ergänzten Instrumenten nicht selbstverständlich, denn für die Einarbeitung in das neue Recht fehlt in der Praxis angesichts des enormen Handlungsdrucks oft die Zeit. Um den Einstieg in die neuen städtebaurechtlichen Gestaltungsoptionen für die Handelnden in den Kommunalverwaltungen zu erleichtern, hat das Difu eine Handreichung vorgelegt, mit der anhand konkreter Anwendungsfälle Anstöße und Orientierung für die Anwendung dieser Instrumente gegeben werden. Ermöglicht wurde dies im Rahmen einer Zuwendung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBSR).

Die Handreichung ist in zwei Handlungsbereiche gegliedert: Zum einen geht es um Erleichterungen bei Bebauungsplänen zur Schaffung von Wohnraum, zum anderen um die Mobilisierung und Aktivierung von Baurechten. Im ersten Handlungsbereich wird insbesondere der neue sektorale Bebauungsplan nach § 9 Abs. 2d BauGB behandelt und anhand von drei Anwendungsfällen erläutert. Daneben werden die neuen Gebietskategorien in der Baunutzungsverordnung „Urbanes Gebiet“ und „Dörfliches Wohngebiet“ aufgerufen, da diese Gebietstypen neue Möglichkeiten eröffnen bzw. erweitern, Wohnungsbau bei teilweise urbaner oder dörflicher Nutzung zu realisieren. Schließlich bieten auch die Änderungen in § 17 BauNVO neue Gestaltungsoptionen und erleichtert die Realisierung städtebaulich vertretbarer höherer Dichten, als sie von der BauNVO nun als Orientierungswert für den Standardfall vorgeben werden. § 13b BauGB wird nicht behandelt, da die nur befristet geltende Vorschrift nach dem Willen der Bundesregierung nicht fortgelten soll.

Der zweite Handlungsbereich bezieht sich auf die wichtige Aufgabe, die im Siedlungsbestand

vorhandenen Flächenreserven bzw. -potenziale wirkungsvoll zu erschließen. Gerade bei kleinteiligeren Potenzialen ist die Aktivierung durch kommunales Handeln eine große Herausforderung und wird angesichts beschränkter Personalressourcen nicht immer mit dem Nachdruck verfolgt, der möglich wäre. Die Publikation nimmt insbesondere die durch das Baulandmobilisierungsgesetz 2021 neu hinzugekommenen Gestaltungsoptionen in den Blick. Thematisiert wird das neu in § 176a BauGB geregelte Innenentwicklungskonzept. Hierzu werden Anwendungsbeispiele mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen erläutert. Ein Kapitel widmet sich auch den Möglichkeiten



Foto: Adobe Stock, photo 5000

zur Nutzung des gemeindlichen Vorkaufsrechts, das ebenfalls in verschiedener Hinsicht erweitert wurde. Auch die 2021 vorgenommenen Modifizierungen bei der Regelung zum Baugebot geben Anlass, dieses Instrument hier aufzurufen. Dabei konnte auf Empfehlungen zurückgegriffen werden, die im Rahmen einer vom BBSR in Auftrag gegebenen und vom Difu bearbeiteten Untersuchung gewonnen wurden. Schließlich stehen auch die Erleichterungen bei den Anforderungen, die an die Zulassung von Wohnungsbauvorhaben im Wege der Befreiung eingeführt wurden, im Fokus. Die neuen Handlungserfordernisse sind teils nur in Gebieten anwendbar, die durch Rechtsverordnung der Bundesländer als Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt bestimmt wurden (§ 201a BauGB), oder sie sind nur befristet eingeführt. Die Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag verständigten sich im Koalitionsvertrag darauf, die Regelungen zu entfristen. Daher ist der Einsatz der Instrumente eine Chance, die Anwendungspraxis auch auf längere Sicht entsprechend zu erweitern.



www.difu.de/17766



Prof. Dr. Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de

Magnus Krusenotto,
Ass.iur.
+49 30 39001-157
krusenotto@difu.de

Bauland mobilisieren und durch Bodenpolitik Wohnraum schaffen

Eine neue Difu-Studie zeigt, dass Kommunen zunehmend städtebaurechtliche Instrumente einsetzen, um dem Wohnungsmangel zu begegnen. In die vom BBSR geförderte Studie bezog das Institut 16 Fallstudienstädte ein und führte eine Kommunalbefragung durch.

Wie knapp ist Bauland in deutschen Städten? Wie viele Kommunen verkaufen ihre Flächen noch zu Höchstpreisen? Wie haben sich die Baulandpreise verändert? Diese und viele weitere Fragen beantwortet die neue Studie „Praxis der kommunalen Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“, die das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) für das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) erarbeitet hat.



Foto: Ricarda Pätzold

Aufgrund dieser Erfahrungen sollten Städte sich proaktiv mit der Veränderung von Nutzungen und ihren Stadtstrukturen auseinandersetzen. Es gilt, frühzeitig Zugriffsoptionen auf Flächen zu planen, um diese nicht dem freien Spiel der Märkte zu überlassen. Erfahrungsgemäß ist es deutlich schwieriger, langwieriger und auch unsicherer, den Zielen der Kommunen auf den Flächen privater Akteure – langfristig – Geltung zu verschaffen. Beispiele einer solchen Bodenpolitik sind bereits in vielen Kommunen zu finden – das Bewusstsein ist in den vergangenen Jahren gewachsen.

Damit aktive Bodenpolitik gelingt, sind laut Studie vor allem drei Ebenen von Bedeutung:

- Vorbereitung: Konsenserzielung innerhalb der Verwaltungsressorts und im politischen Raum.
- Regelwerk: Ableitung eines lokal spezifischen Handlungsrahmens (Instrumenteneinsatz) und Definition grundsätzlicher Verfahrensabläufe.
- Umsetzung und Monitoring: Klärung von Zuständigkeiten, Zusammenarbeitsstrukturen und Abläufen sowie Verfahren der Beschlusskontrolle respektive Nachsteuerung.

Treiber des aktuellen Interesses am Boden ist meist der Nachfragedruck am Wohnungsmarkt. Aber auch die Wachstumsstrategien von weniger prosperierenden Kommunen setzen auf die Ausweisung von Bauland. Damit sind alle Regionen mit der Herausforderung konfrontiert, Bauen zu ermöglichen und Flächen zu sparen. Die Sensibilität für die „Grenzen des Wachstums“ ist in prosperierenden Regionen höher, denn dort ist der Verdichtungsdruck zu spüren und es werden Flächen entwickelt, die vor Jahren noch als ungeeignet für den Wohnungsbau galten.

In der Langzeitbetrachtung wird allerdings deutlich, dass es sich bei der Bewertung von Flächenverfügbarkeit und Flächenreserven immer nur um eine Momentaufnahme handeln kann. Es ergeben sich immer wieder neue Gestaltungsoptionen, allein weil die räumlichen Nutzungsansprüche der Akteure einem Wandel unterliegen. Blickt man zurück, wurden die Städte immer wieder von Konversionsprozessen überrascht. Insbesondere der Abzug der alliierten Streitkräfte – und parallel Veränderungen der Bundeswehr – setzten ein enormes Flächenpotenzial frei, das zum Teil auch mit Sorge betrachtet wurde.

Kommunen sind die Hauptakteure, wenn es um die Bereitstellung von Flächen für die Daseinsvorsorge, als Wohnbauland oder für die Anpassung an den Klimawandel geht. Insbesondere in wachsenden Städten zeichnen sich ein zunehmender bodenpolitischer Handlungsbedarf und zugleich ein erhebliches Vollzugsdefizit ab. Die Studie schließt eine Lücke, denn bislang gab es keinen bundesweiten Überblick über die Anwendung bodenpolitischer Instrumente. Es geht nicht darum, den „richtigen“ Weg zu zeigen, denn die jeweilige bodenpolitische Praxis der Kommunen formt sich aus Traditionen und der Suche nach passgenauen Lösungen für aktuelle Herausforderungen. Die Publikation soll vielmehr verdeutlichen, dass und wie sich eine Vielzahl von Kommunen bereits auf den Weg gemacht hat, mit einer aktiven Bodenpolitik Gestaltungsoptionen für die Zukunft zu gewinnen. Für diese Langzeitaufgabe braucht es einen langen Atem, einen politischen Konsens, finanzielle Spielräume, instrumentelle Unterstützung, personelle Kompetenzen und nicht zuletzt innovative Bauherren.



www.difu.de/17796



Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Dipl.-Ing.
Franciska Frölich
+49 30 39001-245
froelich@difu.de

Prof. Dr. Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de

Mobilität, Flächen und Bauen neu denken und gemeinsam qualifizieren

Leitbild dreifache Innenentwicklung: Neues Hintergrundpapier gibt Empfehlungen für eine umweltorientierte, gesundheitsfördernde und sozial gerechte Stadt- und Raumentwicklung.

Das Leitbild der dreifachen Innenentwicklung steht für eine gemeinsame Weiterentwicklung von Freiräumen, baulicher Entwicklung und Mobilität in den Städten. Mit der Einbeziehung der räumlichen Dimension der Mobilität eröffnet das Leitbild neue Handlungs- und Gestaltungsoptionen.



Verkehrsflächen, die bislang als graue – versiegelte – Flächenpotenziale galten, werden im Zuge der Mobilitätswende anders bzw. neu genutzt: als Flächen für Klimaschutz und Klimaanpassung, für die Bereitstellung von Erholungsflächen, für mehr Grün, zur Förderung von Stadtnatur, für umweltfreundliche Mobilität oder als Orte für Begegnung und Kommunikation. Die damit verbundenen Verbesserungen der Umweltqualität und neuen Spielräume der Raumeignung schaffen mehr Lebensqualität für alle, die sich in der Stadt aufhalten.

In einer vom Difu und dem Umweltbundesamt erstellten Broschüre werden die bauliche Innenverdichtung, die Grün- und Freiflächensicherung sowie die Mobilitätswende als die zentralen Herausforderungen nachhaltiger Stadtentwicklung beschrieben. Die Deckung des Wohnraumbedarfs durch Innenentwicklung und Nachverdichtung im Bestand sowie die Entwicklung und Qualifizierung der urbanen grün-blauen Infrastruktur bilden angesichts des Klimawandels ein sorgfältig

auszubalancierendes Feld der Stadtentwicklung. In diesem Spannungsfeld bilden die Mobilität von Menschen und die Räume hierfür eine herausragende Rolle. Weniger Pkw-Verkehr sowie ein attraktiver Umweltverbund mit ÖPNV sowie gesundheitsförderndem Fuß- und Radverkehr verlangen eine neue Verteilung von Flächen im öffentlichen Raum. So entstehen neue Räume für stadtverträgliche Nachverdichtung und Qualifizierung der Grün- und Freiräume.

Weiterhin werden in der Planung die räumlichen Ebenen dargestellt, in denen die dreifache Innenentwicklung umgesetzt werden sollte. Planungen und Maßnahmen sollten bereits auf der regionalen Ebene bzw. auf der Ebene von Verflechtungsräumen beginnen. Für die konkrete Umsetzung von Maßnahmen ist die Quartiersebene ein bedeutender Handlungsraum, geht es doch hier um den (energetischen) Umbau des Bestands von Gebäuden und Infrastruktur, Nachverdichtung, wohnungsnahes Grün, Flächen für Regenwasserversickerung, Vermeidung von Hitzeinseln, individuelle Mobilität und Erreichbarkeit, attraktive öffentliche Räume und soziale Interaktionen.

Möglich wird die Erschließung neuer Spielräume mit dreifacher Innenentwicklung allerdings nur mit der besseren Verknüpfung von Landschafts-, Verkehrs- und Stadtplanung sowie einer Stärkung der Umweltbelange in der Bauleitplanung. Hierfür bedarf es u.a. einer zielgerichteten Kooperation aller relevanten Akteure in den Kommunen. Das Umweltbundesamt strebt an, hierfür tragfähige Ansätze und Vorgehensweisen weiterzuentwickeln, z. B. im Rahmen des UBA-Eigenforschungsprojekts „Neues Europäisches Bauhaus weiterdenken: Nachhaltige Mobilität und resiliente urbane Räume für mehr Lebensqualität (AdNEB)“.

Das Difu hat im Rahmen des UBA-Vorhabens „Umwelt im Quartier: Fachliche Grundlagen für eine Strategie zur kommunalen Nachhaltigkeit und Entwicklung eines Kommunikationskonzeptes“, das in Kooperation mit dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH (IÖW) und der Gröschel Branding GmbH durchgeführt wird, an dem Hintergrundpapier zur dreifachen Innenentwicklung mitgewirkt.



www.t1p.de/jk6gw



Dipl.-Ing. agr.
Thomas Preuß
+49 30 39001-265
preuss@difu.de

Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de



Wie Städte gesünder werden können: Empfehlungen für die Praxis

Im Auftrag des Umweltbundesamts erarbeiteten das Difu und weitere Partner die Publikation „Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt“. Sie gibt Empfehlungen, wie Gesundheitsaspekte künftig adäquater in der Planung Berücksichtigung finden.



Die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, zu erhalten und zu fördern ist nicht nur eine Herausforderung für die Gesundheitsbehörden. Diese Aufgaben spielen auch eine wichtige Rolle in räumlichen Planungen und Konzepten, für die in den Kommunen eine Reihe unterschiedlicher Ämter zuständig sind. In wichtigen Planungsprozessen der Kommunen, wie der Grün- und Freiraumplanung, der Lärmaktionsplanung und der Stadt(entwicklungs)planung werden die gesundheitlichen Belange der Bevölkerung jedoch bisher nicht ausreichend berücksichtigt. Dies liegt unter anderem an der mangelnden Kooperation Planender mit Akteuren des Gesundheitssektors. Im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) erarbeitete das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit LK Argus und der Hochschule für Gesundheit Bochum eine Veröffentlichung für die kommunale Praxis.

Wie lassen sich gesundheitliche Belange fachlich in die Planungen integrieren und welche Kooperationsformen in der Verwaltung und darüber hinaus eignen sich hierfür? Die Publikation „Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt“ gibt praxisorientiert Empfehlungen, wie Gesundheitsschutz und -förderung für die Stadtbevölkerung künftig adäquater berücksichtigt werden können. Auch die Frage nach den jeweils passenden Kooperationsformen der verschiedenen Akteure

wird aufgegriffen. Zudem wird in der Publikation besonders auf die Situation mehrfach belasteter Gebiete und die Bedürfnisse vulnerabler Bevölkerungsgruppen eingegangen. Neben guten Beispielen aus der Praxis in Kommunen gibt die Publikation Tipps zu weiteren Fachveröffentlichungen, in denen u.a. Planungsinstrumente ausführlich beschrieben sind. Benannt werden außerdem notwendige Veränderungen der Rahmenbedingungen, damit gesundheitliche Belange in den Kommunen stärker als bisher zum Tragen kommen können.

Die Anregungen und Tipps sind für Mitarbeitende vieler Bereiche für die praktische Arbeit hilfreich: Gesundheitsämter und kommunale Ämter, die für die Themen Lärm, Grün sowie Stadtentwicklung bzw. Stadtplanung zuständig sind. Ebenso richtet sich die kostenfrei zum Download zur Verfügung stehende Veröffentlichung an gesundheitsrelevante Akteure in Zivilgesellschaft, Gesundheitskonferenzen, Verbänden, Krankenkassen sowie in der Kommunalpolitik.

Die Broschüre „Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt – Empfehlungen für die Praxis“ wurde im Projekt „Kooperative Planungsprozesse zur Stärkung gesundheitlicher Belange – modellhafte Erprobung und Entwicklung von Ansätzen zur nachhaltigen Umsetzung“ erarbeitet.



www.difu.de/17743



Dipl.-Ing. agr.
Thomas Preuß
+49 30 39001-265
preuss@difu.de

Dipl.-Ing. Christa Böhme
+49 30 39001-291
boehme@difu.de

Abbau von Investitionshemmnissen – auch in angespannten Zeiten

Kommunen in Deutschland haben 2022 über die Hälfte aller öffentlichen Sach- und Bauinvestitionen getätigt. Gleichzeitig schieben sie einen Investitionsrückstand von rund 159 Mrd. Euro vor sich her. Oft sind nichtmonetäre Investitionshemmnisse Ursache dafür.

Der Umstand steigender Investitionsrückstände trotz steigender Investitionsausgaben verweist auf Herausforderungen, die nicht in erster Linie fiskalisch-haushalterischer Natur sind. Dazu zählen die Kapazitätsauslastung im Baugewerbe, die defizitäre Personalsituation in den Bauverwaltungen, die Vielzahl an gesetzlichen Standards und administrativen Genehmigungsverfahren einschließlich des Vergaberechts sowie der öffentlichen Beteiligungsverfahren. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat deshalb im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen – auf Basis von Interviews mit der Kommunalpraxis – Vorschläge erarbeitet, mit denen nichtmonetäre Investitionshemmnisse abgebaut werden können.

Im Sinne einer Verstärkung der öffentlichen Investitionstätigkeit wäre eine Anhebung der allgemeinen Finanzausstattung der Kommunen und eine substantielle Rückführung des unübersichtlichen Dschungels an Förderprogrammen wünschenswert, auch wenn die Realisierung unwahrscheinlich scheint. Alternativ sollte über die Gewährung von Förderpauschalen unter Zugrundelegung einer stärkeren Wirkungsorientierung nachgedacht werden, um so den Verwaltungsaufwand und die Verwendungsnachweise zu minimieren. Dies würde es den Kommunen ermög-



lichen, Investitionshilfen autonomer einzusetzen. Zumindest sollte die Entwicklung neuer Förderprogramme langfristiger, stärker ebenenübergreifend, mit größerem Vorlauf und entlang der eigentlichen Bedarfe der Kommunen erfolgen. So sollten an der Formulierung von Förderzwecken auch die kommunalen Spitzenverbände sowie ausgewählte Kommunen mitwirken. Flankierend dazu sollten Institutionen wie Kommunal-Agenturen,

Fördernetzwerke oder Förderlotsen auf Landes- oder Landkreisebene ausgebaut werden, um gebündelte Beratungsangebote für Kommunen bereitzustellen. Spiegelbildlich dazu entfaltet auch die Institutionalisierung eines zentralen Fördermittelmanagements innerhalb der Kommunen positive Wirkungen, da es eine Anlaufstelle für die gesamte Verwaltung gibt.

Auch Kommunen sind gefordert: Eine effiziente und effektive Investitionspolitik erfordert eine Professionalisierung der Be- und Zustandserfassung kommunaler Infrastrukturen. Hierfür bietet sich eine gezieltere Nutzung der doppelten Anlagenbuchhaltung an. Dies erfordert eine weitere Digitalisierung. Bund und Länder könnten hierzu ein Förderprogramm „Digitalpakt Bauverwaltung“ auflegen. Für die Priorisierung des Infrastrukturbedarfs in den Kommunen bietet sich die Einsetzung einer fachübergreifenden Steuerungsgruppe an, in der die Bereiche Stadtplanung, Liegenschafts- und Gebäudemanagement, Finanzverwaltung sowie die jeweiligen Bedarfsträger vertreten sind. Ziel ist der regelmäßige Austausch zu grundlegenden Bedarfen, möglichen Beschaffungsvarianten sowie personellen Ressourcen zur Realisierung von Projekten. Dazu kann ein standardisiertes Investitionssteuerungsverfahren aufgesetzt werden, dessen Federführung z. B. bei der Kämmerei liegt. So ließe sich die „Phase Null“ stärken, in der alle Grundlagenplanungen vor der ersten Bauphase vorgenommen werden sollten, jedoch häufig wichtige Weichenstellungen versäumt werden. Zur Entlastung in vergaberechtlichen Fragen ließe sich über die Einrichtung interkommunaler Vergabestellen nachdenken.

Die Investitionstätigkeit wird derzeit durch galoppierende Baustoff- und Energiepreise ausgebremst, die durch die Förderprogramme von Bund und Ländern nicht abgedeckt werden. Daher sollte überlegt werden, ob diese Programmzuschüsse nicht mehr als Festkostenbeträge, sondern als vom-Hundert-Betrag der kommunalen Gesamtkosten gewährt werden. So würden Bund und Länder Preisrisiken partiell mittragen.

Wichtig sind ebenenübergreifende Anstrengungen, um die Investitionstätigkeit der Kommunen nicht weiter auszubremsen.



www.difu.de/17612
(Der vollständige Bericht kann demnächst hier heruntergeladen werden)



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

#Klimahacks-Update: Zehn Schritte zu mehr Klimaschutz in Kommunen

Was bringt ein Jugendklimarat? Sind ressourcenintensive Printmaterialien noch zeitgemäß? Und wer sollte eine Mobilitätsstation betreiben? Im Mittelpunkt der neu aufgelegten #Klimahacks-Reihe stehen Tipps für die praktische Umsetzung.

Klimaschutzinitiativen anhand detaillierter Informationen und Arbeitsabläufe so beschreiben, dass die Umsetzung vor Ort gelingen kann – das ist das bewährte Konzept der Difu-#Klimahacks. Besonders Kommunen, die noch am Anfang der Klimaschutzaktivitäten stehen, soll die Online-Publikationsreihe als praktische Arbeitshilfe dienen. Aber auch Klimaschutzpersonal, das mit der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen beziehungsweise der Begleitung der Umsetzung vertraut ist, soll durch die Arbeitshilfen neue Klimaschutzprojekte leichter planen und umsetzen können. Idealerweise sind die #Klimahacks Ausgangspunkt für konkrete Überlegungen auf kommunaler Ebene: Wo und wie können wir tätig werden? Welche Hebel können wir in Bewegung setzen, um der Nettonull in Sachen Klima näher zu kommen?

Mit der Neuauflage der Publikationsserie wird der Zugang zu einzelnen Themen und Handlungsfeldern im kommunalen Klimaschutz noch leichter. Neben einer Einführung mit sorgfältig recherchierten Zahlen, Fakten und nützlichem Hintergrundwissen gibt es künftig auch eine Know-how-Karte mit Praxisbeispielen und hilfreichen Anlaufstellen. Herzstück jeder neuen Ausgabe ist weiterhin die „Roadmap“ – eine Schritt-für-Schritt-Anleitung zur Umsetzung konkreter Projekte. Der Anspruch ist dabei, die Roadmap so anwendungsnah wie möglich zu gestalten, mit Hinweisen zur Planung und Realisierung. Damit soll es leichter werden, ein Projekt in Angriff zu nehmen. Neben dem kostenlosen und barrierefreien PDF gibt es ein Flipbook mit vertiefenden multimedialen Inhalten.

Auch mit der Neuauflage wird sich künftig jede #Klimahacks-Ausgabe einem bestimmten Handlungsfeld widmen, zum Beispiel „Klimafreundliche Verwaltung“, „Kommunikation und Partizipation“ oder „Klimafreundliche Mobilität“. Das Spektrum wird im Vergleich zur Erstauflage aber erweitert. Geplant sind unter anderem #Klimahacks zu Themen wie der Renaturierung von Mooren oder solaren Wärmenetzen. Bereits aufgegriffene Themen werden nochmals vertieft oder aktualisiert, wenn nötig. Ziel ist es, die große Themen- und Projektvielfalt abzudecken und in möglichst vielen Bereichen wirksame Impulse für mehr Klimaschutz vor Ort zu geben. In der #Klimahacks-Reihe werden

die Klimaschutzprojekte jeweils anhand von zehn Umsetzungsschritten dargestellt.

Drei #Klimahacks-Ausgaben im neuen Design sind bereits erschienen: Die Themen sind Gründung eines Jugendklimarats, klimafreundliche Öffentlichkeitsarbeit sowie Planung, Umsetzung und Betrieb von Mobilitätsstationen. In der letztgenannten Ausgabe der #Klimahacks geht es



darum, wie Mobilitätsangebote gebündelt, welche Services an Mobilitätsstationen bereitgestellt und wie diese betrieben werden können. Klar ist, dass Mobilitätsstationen einen wichtigen Beitrag zur zwingend notwendigen Verkehrswende und zum Klimaschutz leisten können.

Die #Klimahacks-Serie wird im Rahmen des Difu-Projekts „GemKli – Gemeinsam mehr Klimaschutz schaffen! Wissens- und Aktionspaket von und für Kommunen“ erarbeitet, das über die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) gefördert wird.



www.difu.de/17762
www.difu.de/17467
www.difu.de/17578



Dipl.-Geogr.
 Björn Weber
 +49 221 340308-10
 bweber@difu.de

Moderne Stadtgeschichte: Städte im Russländischen Imperium vor 1800

Die neue Ausgabe der vom Difu vertriebenen Zeitschrift „Moderne Stadtgeschichte – MSG“ widmet sich dem Themenschwerpunkt „Städte im Russländischen Imperium“ in der Zeit vor 1800.

Die schon länger vorbereitete Ausgabe hat, wie die Herausgeber Boris Belge (Basel) und Ulrich Hofmeister (München) in ihrer Einleitung hervorheben, eine unerwartete, dramatische Aktualität erfahren, da das Zarenreich sich im 18. Jahrhundert mit den Regionen rund um die Städte Dnipro, Cherson und Odessa genau jene Gebiete einverleibte, die im Fadenkreuz des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine stehen. Neben einer Erläuterung der wichtigen Unterscheidung zwischen „rusländisch“ – für das imperiale Herrschaftsgebiet der Zaren – und „russisch“ – für die Kultur der ostslawischen, orthodoxen Kernbevölkerung des Reichs – diskutieren die Herausgeber verschiedene Grundfragen der russländischen Urbanisierung. Dazu gehören etwa deren Passfähigkeit zu Max Webers Konzept der europäischen Stadt, die Westorientierung der russischen Stadtpolitik im 18. Jahrhundert sowie die Welle an Neugründungen in dieser Zeit.

Die ersten beiden thematischen Beiträge diskutieren die Bedeutung ausländischer Händler in den drei Hafenstädten St. Petersburg, Riga sowie Archangel'sk. Tilman Plath (Greifswald) hebt am Beispiel der beiden erstgenannten Städte das Spannungsverhältnis zwischen den finanziell und handelspolitisch oft potenten auswärtigen Kaufleuten und der merkantilistischen Politik Peters I. und seiner Nachfolger hervor, die mit wenig Erfolg den Absatz russischer Manufakturen und Händler fördern wollten. Städtekonkurrenzen und Wirtschaftsförderung wirkten dabei stets zusammen, wie Simon Dreher (Münster) an den Restriktionen gegen ausländische Händler in Archangel'sk zugunsten des konkurrierenden St. Petersburg im mittleren Drittel des 18. Jahrhunderts zeigt.

In zwei weiteren Beiträgen geht es um Fragen der militärischen Sicherung und Rekrutierung in den russländischen Städten. Natalia Tuschinski (Stuttgart) diskutiert Fragen der Verteidigungspolitik und Stadtplanung in den heutigen südukrainischen Städten rund um Cherson, die das Zarenreich zwischen 1768 und 1792 vom Osmanischen Reich erobert hatte und erfolgreich zu Handelsstädten ausbaute. Mikail Belan (Oxford) zeigt die Praktiken der Rekrutierung von Soldaten zwischen 1800 und 1812 im Rahmen der Kriege gegen Napoleon auf, bei denen die Behörden unter anderem „sozial unerwünschte“ Bewohner zur Einberufung

meldeten, die sich jedoch dieser vielfach zu entziehen suchten.

Michel Abesser (Freiburg) beschreibt in seinen beiden Beiträgen das spannungsreiche Verhältnis von Ethnizität und Städtekonkurrenz am Beispiel der Städte Rostow am Don und Nakhichevan, und Boris Belge analysiert die Erinnerung der Bevölkerung Odessas im 19. Jahrhundert an die hymnisch verklärte Gründungszeit des 18. Jahrhunderts. Abschließend und zusammenfassend weist Ricarda Vulpius auf die Bedeutung der imperialen Bezüge gerade in den Randzonen des Zarenreiches sowie auf die vielfältigen Facetten einer Politik der Differenz hin, bei der zum Beispiel ethnische Heterogenität akzeptiert und eine Stadtförderung mit Privilegien und weiteren rechtlichen Instrumenten betrieben wurde.



Das Heft schließt mit Beiträgen aus der Rubrik Forum: Carlos Hernández Quero und Luis de la Cruz Salanova (beide Madrid) beschreiben die politische Besetzung des Straßenraums in den Vororten von Madrid während der 1930er-Jahre im Zeichen der Kämpfe zwischen den Anhängern der Volksfront und der Falangisten. Olga Malinova-Tzafeta (Erlangen) untersucht den Ausbau von Wasser-Infrastrukturen in St. Petersburg zwischen 1864 und 1927 und reflektiert grundsätzliche Fragen von Zentrum und Peripherie in der Stadtgeschichtsschreibung. Abschließend widmen sich zwei Berichte Tagungen zu den Themen „Stadtgeschichtliche Blogs in der Wissenschaftskommunikation“ in München und „Konfliktfeld Stadt. Historische Perspektiven“ in Hamburg.



Darstellung der Region und des Holzhandels um Archangel'sk auf einem Kupferstich von 1740.
Quelle: Wikipedia



www.difu.de/17676



Prof. Dr.
Christoph Bernhardt
christoph.bernhardt@hu-berlin.de

Integrationsmonitoring: Wie gelingt Integration in der Kommune?

Monitoringsysteme helfen bei der Einschätzung, wie gut die Integration vor Ort gelingt und wo noch Maßnahmen fehlen, um Teilhabe zu stärken. Das Difu hat in einem Forschungsprojekt mit zehn Kommunen Handlungsempfehlungen entwickelt.



Integrationsmonitoring ist ein wichtiges Unterstützungsinstrument für Kommunen. Für die strategische und konzeptionelle Steuerung, aber auch für die gemeinsame Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft bieten Monitorings für Städte und Landkreise daher große Chancen. Damit Kommunen diese Chancen künftig besser nutzen können, hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ein Forschungsprojekt zum Integrationsmonitoring umgesetzt, in das zehn Kommunen ihre Erfahrungen und Expertise einbrachten: die Landeshauptstädte München, Potsdam, Saarbrücken und Wiesbaden, die Städte Augsburg, Kaiserslautern, Jena und Ludwigshafen am Rhein sowie der Landkreis Goslar und der Kreis Pinneberg.

Das Projekt wurde als Kernvorhaben des Nationalen Aktionsplans Integration von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gefördert. Auch Staatsministerin Reem Alabali-Radovan lobte die kommunalen Monitorings, da sie mit klug gewählten Indikatoren Diversität in der Einwanderungsgesellschaft bestmöglich abbilden. Zudem werde Teilhabe vor Ort gestärkt, denn Städte, Gemeinde und Landkreise schaffen Perspektiven für Integration und Zusammenhalt, selbst mit knappen Ressourcen.

Das Difu-Forschungsteam untersuchte u.a., welchen Unterstützungsbedarf Kommunen mit Blick auf das Thema haben, welche Leistungen sie erbringen und wie diese für ein breites Spektrum der Kommunen nutzbar gemacht werden können. Die Erfahrungen der zehn beteiligten Kommunen

wurden in der Publikation „Kommunales Integrationsmonitoring. Status Quo und Perspektiven zur Weiterentwicklung“ gebündelt.

Zu den Handlungsempfehlungen gehört, dass Kommunen Ziel und Nutzen der Datenerhebung klar definieren, ein schlüssiges Vorgehen entwickeln und Indikatoren gut auswählen und begründen. Zudem wird verdeutlicht, dass Integrationsmonitoring erst in einem „Dreiklang“ Wirkung entfaltet: Das Monitoring ist in eine Integrationsberichterstattung einzubetten, die Daten sind zu interpretieren und durch qualitative Erhebungen zu ergänzen. Um die Praxistauglichkeit eines Monitorings sicherzustellen, ist zudem unerlässlich, dass die Fachstellen Integration und Statistik eng zusammenarbeiten, wie es beispielsweise in Arbeitsgruppen der Städte München und Augsburg praktiziert wird.

Auf eine Herausforderung weisen die beteiligten Landkreise hin: Daten sind nicht in allen Kommunen gleich gut verfügbar. Gerade Landkreise benötigen Unterstützung. Zudem ist die Funktionsfähigkeit des Datentransfers zwischen Bund, Ländern und Kommunen ausbaufähig – vor allem von den Ländern zu den Kommunen.

Als Fazit kann festgehalten werden: Integrationsmonitoring ist ein wichtiges Steuerungsinstrument für das zielorientierte Handeln der Kommunen. Der intensive Erfahrungsaustausch der beteiligten Kommunen unterstützt den Wissenstransfer und sorgt für die notwendige Praxistauglichkeit.



www.difu.de/17500



Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

Dr.
Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Baugebot

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt.

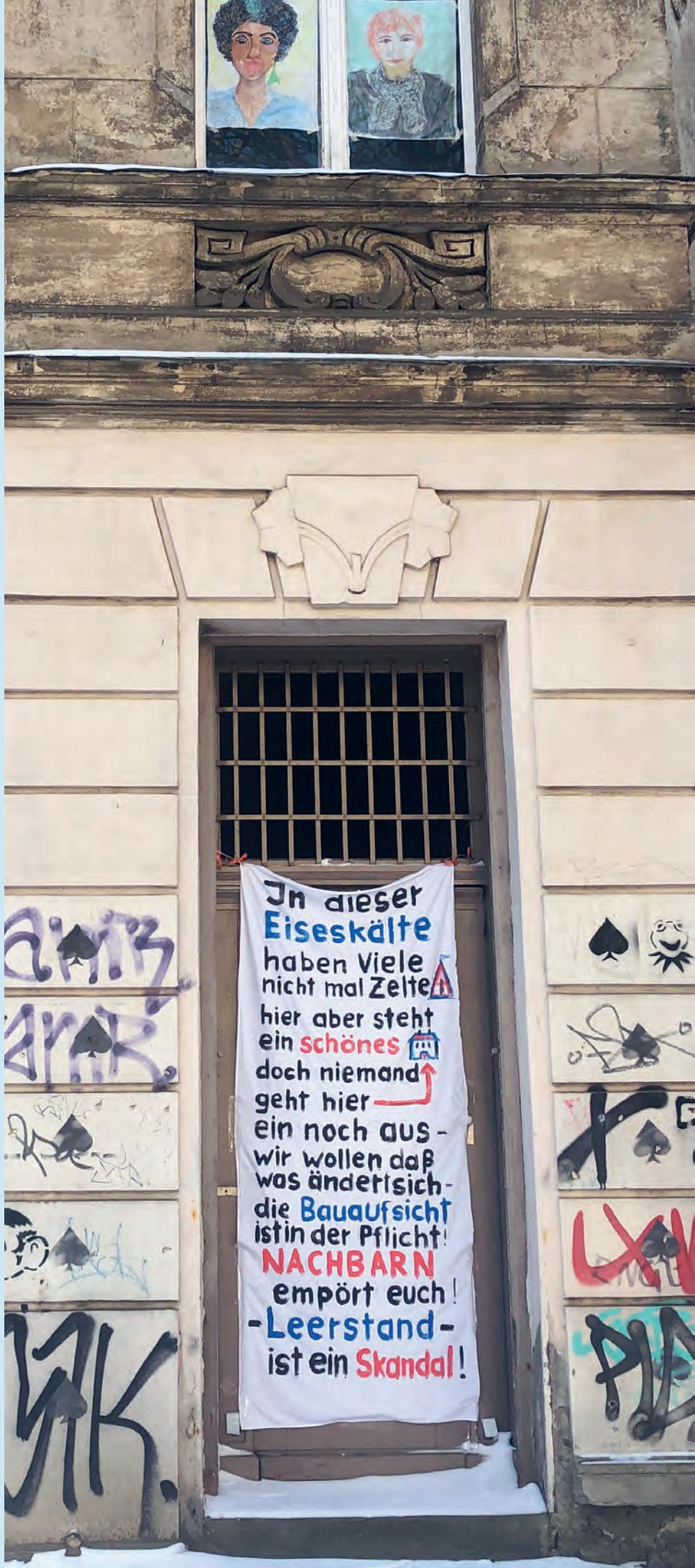
Der Wohnraummangel in Deutschland stellt Kommunen vor große Herausforderungen. Vor der Ausweisung neuer Flächen für den Wohnungsneubau sollte jedoch stets ein Blick auf oft zahlreich vorhandene Baulücken, leerstehende Häuser, Brachen oder nicht effektiv genutzte Flächen geworfen werden – auch um eine unnötige Flächenversiegelung zu vermeiden. Nicht selten kommt es vor, dass vorhandene Grundstücke teils aus spekulativen Gründen gehalten und nicht bebaut werden. Oder vorhandene Wohnhäuser verfallen und werden nicht instandgehalten und vermietet.

Mit dem Aussprechen eines Baugebots kann eine Gemeinde die Eigentümer*innen eines Grundstücks zum Handeln verpflichten. In einem solchen Fall ist das Grundstück innerhalb einer angemessenen Frist entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplans zu bebauen.

„Baugebote können für Kommunen eine wirk-
same Handlungsoption sein, um dem Wohn-
raummangel entgegenzuwirken.“

Das Baugebot kann auch in Gebieten ohne Bebauungsplan angeordnet werden, soweit Baurecht nach § 34 Baugesetzbuch (BauGB) besteht. Es greift daher für alle unbebauten oder geringfügig bebauten Baugrundstücke in Ortsteilen, die im Zusammenhang bebaut sind. Wenn es sich um ein Grundstück innerhalb eines nach § 201a BauGB bestimmten Gebiets mit angespanntem Wohnungsmarkt handelt, können – soweit Wohnen zulässig ist – auch Vorgaben zur Zahl der zu errichtenden Wohneinheiten und zum Maß der Nutzung gemacht werden.

Das Aussprechen eines Baugebots oder oft auch nur die Ankündigung, es einsetzen zu wollen, kann für Kommunen daher ein hilfreiches Instrument sein, um mehr Wohnraum zu schaffen.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Radverkehr und Verkehrswende

Eine Geschichte von Gegenwind und Rückenwind

Tilman Bracher

2021, Bd. 19, vierfarbig, zahlreiche Fotos, 168 S., 34 €

ISBN 978-3-88118-680-3, **eBOOK** 29,99 €

➔ www.difu.de/16867

So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen

Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. und Fotos, 39 €

ISBN 978-3-88118-643-8, **eBOOK** 33,99 €

➔ www.difu.de/12984

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in

Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann u.a. (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.)

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €

ISBN 978-3-88118-584-4

➔ www.difu.de/11299

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S.,

vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €

ISBN 978-3-88118-579-0

➔ www.difu.de/11026

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele –

Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S.,

zahlreiche Abbildungen, 39 €

ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

➔ www.difu.de/9850

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

➔ www.difu.de/9002

Difu-Arbeitshilfen

Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen

3., grundlegend überarbeitete Auflage unter Berücksichtigung des Baulandmobilisierungsgesetzes – Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung

M.-L. Wallraven-Lindl und A. Uhmann

2022, 224 S., 39 Euro

ISBN 978-3-88118-682-7, **eBOOK** 33,99 Euro

➔ www.difu.de/17149

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage, A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S.,

zahlreiche Satzungsmuster, 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

➔ www.difu.de/9055

Difu-Impulse

Praxis der kommunalen Baulandmobilisierung und Bodenpolitik **NEU**

Ergebnisse einer Kommunalumfrage (2020) und von Untersuchungen in 16 Fallstudienstädten (2021)

Ricarda Pätzold, Franciska Frölich von

Bodelschwingh, Arno Bunzel, i.A. des BBSR

Bd. 3/2023, 135 S., kostenlos, nur online

ISBN 978-3-910624-22-1

➔ www.difu.de/17799

Neue Instrumente der Baulandmobilisierung **NEU**

Handreichung

Arno Bunzel, Diana Coulmas, Franciska Frölich

von Bodelschwingh, Magnus Krusenotto, Petra

Lau, Wolf-Christian Strauss, i.A. des BBSR

Bd. 2/2023, 77 S., kostenlos, nur online

ISBN 978-3-88118-692-6

➔ www.difu.de/17766

Baugebote für den Wohnungsbau – von der kooperativen Aktivierung bis zur Anordnung **NEU**

Arbeitshilfe für die kommunale Praxis

Arno Bunzel, Stefanie Hanke, Magnus Kruse-

notto, Daniela Michalski, i.A. des BBSR

Bd. 1/2023, 100 S., kostenlos, nur online

ISBN 978-3-910624-21-4

➔ www.difu.de/17735

Vielfalt und Sicherheit im Quartier

Konflikte, Vertrauen und sozialer Zusammenhalt in europäischen Städten

G. Bartl, N. Creemers, H. Floeting (Hrsg.)

Bd. 3/2020, 182 S., 20€

ISBN 978-3-88118-667-4, **eBOOK** 16,99 €

➔ www.difu.de/16006

Verkehrswende nicht ohne attraktiven ÖPNV

Wie lassen sich große ÖPNV-Projekte

erfolgreich umsetzen?

Jürgen Gies (Hrsg.), Bd. 2/2020, 104 S., 18 €

ISBN 978-3-88118-648-3, **eBOOK** 15,99 €

➔ www.difu.de/13360

Checkpoint Teilhabe

Kinder- und Jugendhilfe + BTHG –

Neue ganzheitliche Lösungen entwickeln!

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“

Bd. 1/2020, 160 S., 20 Euro

ISBN 978-3-88118-653-7, **eBOOK** 16,99 €

➔ www.difu.de/13166

Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft?

Die lebenswerte Stadt: Handlungsfelder und Chancen

Tilman Bracher u.a., Bd. 2/2019, 68 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-642-1, **eBOOK** 12,99 €

➔ www.difu.de/12719

Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau

Stephanie Bock, Jan Abt, Bettina Reimann

Bd. 1/2019, 98 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-640-7, **eBOOK** 12,99 €

➔ www.difu.de/12611

Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten

Fachtagungsdokumentation

M. Hertel, T. Bracher, T. Stein (Hrsg.)

Bd. 8/2018, 90 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-625-4, **eBOOK** 12,99 €

➔ www.difu.de/12375

Neue Konzepte für Wirtschaftsflächen

Herausforderungen und Trends am Beispiel des

Stadtentwicklungsplanes Wirtschaft in Berlin

S. Wagner-Endres u.a.

Bd. 4/2018, 84 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-614-8, **eBOOK** 12,99 €

➔ www.difu.de/12224

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

eBooks: <http://difu.ciando-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwender: www.difu.de/12544

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de

Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos.

Veröffentlichungen

Berichte 1/2023

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)

#Klimahacks – Mach Dein Projekt:

Mobilitätsstationen **NEU**

Klimafreundliche Mobilität

Marco Peters, Björn Weber

2023, 8 S., nur online

➔ www.difu.de/17762

Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt – Empfehlungen für die Praxis **NEU**

Thomas Preuß u.a., UBA (Hrsg.)

2023, 68 S., nur online

➔ www.difu.de/17743

Jahresrückblick 2022 **NEU**

Difu (Hrsg.)

2023, 28 S., nur online

➔ www.difu.de/17769

Aufbau und Erhalt blau-grün-grauer Infrastrukturen für die kommunale Klimaanpassung **NEU**

Fallbeispiele, Konstellationen und Kooperationsmanagement

Jan Hendrik Trapp u.a.

2023, 71 S., nur online

➔ www.difu.de/17674

Inclusive Housing Policies: Housing is the beginning **NEU**

Policy recommendations to improve housing for refugees in European cities and inspiring practice examples from Austria, Germany and Sweden

Bettina Reimann, Julia Diring, Ricarda Pätzold u.a.

2022, 40 S., nur online

➔ www.difu.de/17709

Dreifache Innenentwicklung **NEU**

Definition, Aufgaben und Chancen für eine umweltorientierte Stadtentwicklung

Daniela Michalski, Thomas Preuß u.a.,

UBA (Hrsg.)

2022, 20 S., nur online

➔ www.difu.de/17687

Kommunales Integrationsmonitoring

Status quo und Perspektiven zur Weiterentwicklung

Bettina Reimann und Beate Hollbach-Grömig

2022, 45 S., nur online

➔ www.difu.de/17660

Tatkräftig für den Klimaschutz: Wie Sie als Sozial- und Wohlfahrtsverband profitieren

Die Fördermöglichkeiten der Kommunalrichtlinie

Taina Niederwipper, SK:KK (Hrsg.), Bundes-

ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (Auftraggeber)

2023, 4 S., nur online

➔ www.difu.de/17798

Parking and SUMP

Using parking management to achieve SUMP objectives effectively and sustainably

Martina Hertel u.a., European Commission (Auftraggeber)

2022, 46 S., nur online

➔ www.difu.de/17631

Für eine bessere Umwelt und mehr Gesundheit – Kooperativ und integriert planen in der Kommune

Veranstaltungsdokumentation. Online-Abchlussveranstaltung vom 25. Mai 2022

Thomas Preuß u.a., UBA (Auftraggeber)

2022, 53 S., nur online

➔ www.difu.de/17654

Kommunalebefragung Open Data 2022

C. Raffer u.a., Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

2022, 22 S., nur online

➔ www.difu.de/17615

E-Tretroller in Städten

Nutzung, Konflikte und kommunale Handlungsmöglichkeiten

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)

2022, 50 S.

➔ www.difu.de/17613

Mobilfunkgutachten 2021

Zwölftes Gutachten zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber

Jan Hendrik Trapp, Theresa Hohmann, Paul Andersen, Felix Buchmann

2022, 125 S., nur online

➔ www.difu.de/17605

Reallabore für urbane Transformation

Methoden, Akteure und Orte experimenteller und ko-produktiver Stadtentwicklung am

Beispiel der BMBF-Zukunftsstadtforschung

Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftstadt (SynVer*Z) (Hrsg.), 2022, 103 S.

➔ www.difu.de/17501

Klimagerechte Stadt- und Mobilitätsentwicklung: von europäischen Städten lernen

Björn Weber, Jürgen Gies, Martina Hertel, Paul Ratz

2022, 84 S., ISBN 978-3-88118-688-9, nur online

➔ www.difu.de/17531

Frischer Wind in die Innenstädte

Handlungsspielräume zur Transformation nutzen

Julia Diring, Ricarda Pätzold, Jan Hendrik

Trapp, Sandra Wagner-Endres

2022, 73 S., ISBN 978-3-88118-687-2,

nur online

➔ www.difu.de/17532

Bauland mobilisieren und schaffen – Strategien und Instrumente für mehr Wohnungsbau

Difu und vhw (Hrsg.)

2022, 192 S., ISBN 978-3-88118-686-5,

nur online

➔ www.difu.de/17502

Neue Ideen und Ansätze für die Regionale Kulturarbeit

Teil 1: Loslegen

TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel und Difu (Hrsg.)

2022, 68 S., nur online

➔ www.difu.de/17418

Was hemmt die Umsetzung der kommunalen Radverkehrsplanung?

Erste Ergebnisse aus dem laufenden BMBF-Forschungsprojekt „KoRa – Beseitigung von

Umsetzungshemmnissen in der kommunalen Radverkehrsplanung – soziotechnische Innovationen und kommunale Steuerungsmöglichkeiten“

Thomas Stein, Tobias Klein, Sandra Lindner

2022, 39 S., nur online

➔ www.difu.de/17420

SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen

Bertelsmann Stiftung, BBSR, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher

Städte- und Gemeindebund, Difu, ICLEI Euro-

pean Secretariat, Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion (Hrsg.)

2022, 3., teilw. überarb. Auflage, 88 S., nur online

➔ www.difu.de/17423

OB-Barometer 2022

Difu-Umfrage: Klimaschutz ist das überragende Thema in den Kommunen

Carsten Kühl, Beate Hollbach-Grömig, Difu

(Hrsg.)

2022, 4 S., nur online

➔ www.difu.de/17344

Kurzgutachten Kommunale Wärmeplanung

Robert Riechel und Jan Walter, UBA (Hrsg.)

2022, 69 S., nur online

➔ www.difu.de/17181

Zeitschrift

Städte im Russländischen Imperium

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 2/2022, 168 S.

Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro

➔ www.difu.de/17676

Urbanität und Religion

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 1/2022, 164 S.

Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro

➔ www.difu.de/17449



Foto: Marcus Sielaff

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Kommunen, Verbände und Planungsgemeinschaften

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte, aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung, moderiert den kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet umfangreiche Serviceleistungen an.

Zentrale Kooperationspartner des Difu sind seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Mit ihnen kooperiert das Institut besonders eng und wird von ihnen durch jährliche Zuwendungen unterstützt. Diese enge Kooperation sorgt auch dafür, dass sich die Difu-Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Zuwanderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/12807

Fortbildung

Ob vor Ort, online oder am Berliner Standort, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. Für Fortbildungen lohnt sich die Zuwanderschaft besonders: Für Zuwander gelten stark reduzierte Seminarbeiträge. Das Institut hat sein Online-Fortbildungsangebot seit der Pandemie zudem deutlich ausgeweitet. Exklusiv für Zuwander bietet das Difu Online-Impulsvorträge.

➔ www.difu.de/17143

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und

Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwander.

➔ www.difu.de/programm

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu beispielsweise als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Auch Kostenbeteiligungen an Studien sind für Zuwander meist günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle“ Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Zuwander können sich über exklusive Neuerscheinungen auch per RSS-Feed informieren lassen. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwanderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).

➔ www.difu.de/extranet

➔ www.difu.de/6334

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten die Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen kostenfrei. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander die meisten Publikationen im PDF- und/oder ePub-Format an, grundsätzlich kostenfrei. PDFs können direkt im Extranet heruntergeladen werden, eBooks kostenfrei über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

➔ eBook-Bezug: www.difu.de/12544

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Zugang in Difu-Literaturdatenbank und Repository

Online-Recherche in der Difu-Literaturdatenbank ist für Zuwander kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu kommunal relevanter Literatur. Das Repository enthält eine Vielzahl von Quellen, überwiegend im Volltext.

➔ <https://repository.difu.de/jspui/>

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/12914

➔ +49 30 39001-208



Sybille Wenke-Thiem

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Difu-Zuwanderschaft
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekelmann

Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Dipl.-Geogr.

Ulrike Wolf

Difu-Fortbildung,
Inter-/Extranet
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von Deutsches Institut für Urbanistik Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin www.difu.de

Redaktion Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) mit Vera Gutofski, Dr. Sinje Hörlin, Johanna Klauack, Tillmann Kornmesser, Fiona Lingenhölle

Gestaltungskonzept 3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout Vera Gutofski

Fotos Coverbild: Adobe Stock/oksix Fotos ohne Quellenangabe kommen von www.pixabay.com, www.unsplash.com, www.qimby.net, Herzlichen Dank an alle Fotografierenden sowie an die Plattformen für die kostenfreie Bereitstellung!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler Difu-Pressestelle Tel. +49 30 39001-208, Fax -130 presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise Jahrgang 49/vierteljährlich ISSN 1439-6343 Stand: 23.3.2023

Druck oeding print GmbH, Braunschweig. Gedruckt auf umweltfreundliches Papier. Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft. 100 Prozent PEFC.

Nutzung der Beiträge: Frei, bei Nennung der Quelle (z.B.: aus Difu-Magazin Berichte, Ausgabe 1/2023). Belegexemplar/-Link/-PDF an die Difu-Pressestelle erbeten.

Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung, -Fortbildung, -Veröffentlichungen und vieles mehr sind auf der Difu-Website zu finden – und auch auf den verschiedenen Projekt-Websites, die das Difu im Rahmen seiner Projektarbeit betreibt: www.difu.de www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online Über das Difu-Magazin informiert das Institut vierteljährlich über Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue Publikationen, Projekte, Veranstaltungen und vieles mehr. Die Berichte erscheinen als Print- und Online-Version. Der Umstieg auf die papierlose Version hat viele Vorteile: Klima schützen, Platz sparen, früher informiert sein – und das Difu von den Portokosten entlasten. Der Wechsel ist leicht: Mail-Adresse online unter Verteileraufnahme eintragen und absenden. Senden Sie anschließend einfach eine Mail an presse@difu.de und teilen uns mit, welche Postadresse wir streichen dürfen. Beim Erscheinen eines neuen Hefts erhalten eAbonent*innen eine E-Mail mit dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das Online-Abo erhalten sie das Heft ca. zwei Wochen vor dem Erscheinen der Printausgabe, da Druck- und Versandkosten entfallen. Das Online-Archiv reicht bis 1996 zurück. www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme) www.t1p.de/qmary (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“ Alle zwei Wochen informiert das Difu über seinen E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über interessante neue Inhalte auf der Difu-Homepage. www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenfrei zum Download auf der Difu-Homepage zur Verfügung. Andere können als teils als Printexemplar oder eBooks käuflich erworben werden. www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie

Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ online an, die sich zu jedem Termin mit einem anderen aktuellen Thema zur Zukunft der Städte befasst. www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Social Media-Kanäle

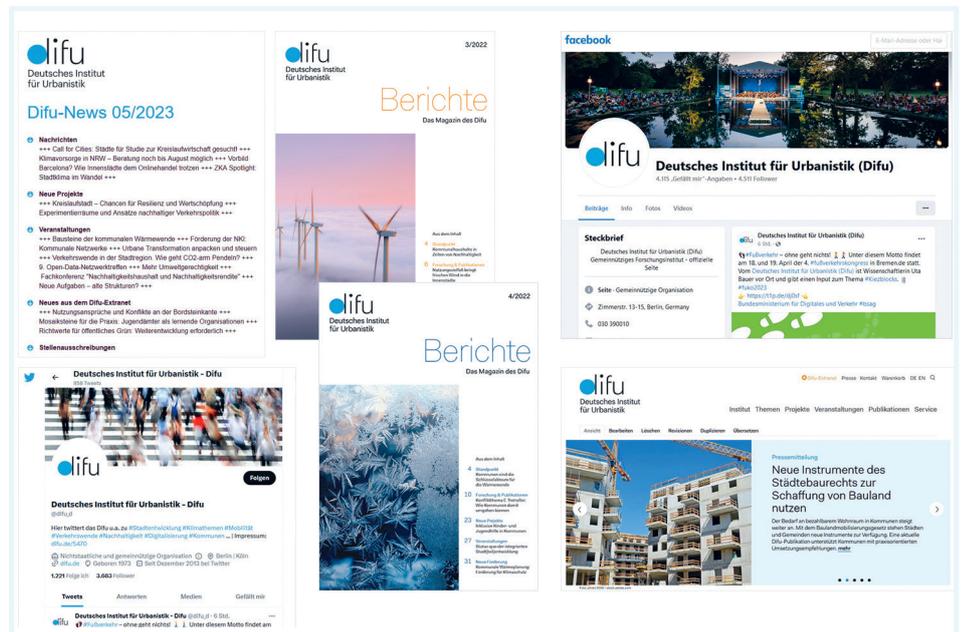
Über Facebook und Twitter kommuniziert das Difu aktuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut bzw. zu kommunal relevanten Themen. Ausgewählte öffentliche Difu-Veranstaltungen sowie ausgewählte Vorträge von Difu-Wissenschaftler*innen können auf Youtube live verfolgt oder „nachgesehen“ werden. www.facebook.com/difu.de www.twitter.com/difu_d www.youtube.com/@difu

Presseverteiler

Die Pressemitteilungen informieren über medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut. www.difu.de/13168

RSS-Feeds

Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Publikationen, Projekten, Ausschreibungen informieren in Echtzeit. www.difu.de/15162



Bildcollage: Difu

Städtebaurecht vor großer Novelle

Modernisierung des Städtebaurechts im Fokus der Difu-Fachgesprächsreihe im Auftrag des Bundesbauministeriums.

Städtebaurecht vor großer Novelle



www.difu.de/17746



Prof. Dr. Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de



Foto: Vera Gutofski, Difu

Nach einigen punktuellen Gesetzesänderungen, vor allem in Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen der Energiekrise sowie zur Stärkung der Digitalisierung im Bauleitplanverfahren, beabsichtigt die Bundesregierung, die städtebaurechtlichen Rechtsgrundlagen, insbesondere des Baugesetzbuchs (BauGB) und der Baunutzungsverordnung (BauNVO), nach den Vorgaben des Koalitionsvertrags 2021 und im Lichte der Erfordernisse aus der Anwendungspraxis zu novellieren. Dabei werden unterschiedliche Regelungsbereiche und städtebauliche bzw. städtebaurechtliche Handlungsfelder in den Blick genommen. Unter anderem sollen die auch den Städtebau betreffenden Erfordernisse des Klimaschutzes und der Klimaanpassung sowie die Regelungen zum Vorkaufsrecht in den Fokus rücken.

Zur fachlichen Fundierung des Gesetzgebungsvorhabens soll – dem Beispiel früherer Novellen folgend – eine Reihe von Fachgesprächen dienen, mit deren Durchführung das Deutsche Institut für Urbanistik beauftragt wurde. Geplant ist, Fragestellungen mit Relevanz für die ins Auge gefasste Novellierung von BauGB und BauNVO mit ausgewählten Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis in strukturierter und ergebnisorientierter Weise zu erörtern. In ersten Fachgesprächen im Februar und März ging es vorrangig um Erfordernisse der Klimaanpassung und des Klimaschutzes sowie die wassersensible Stadt. Bei den Folgeveranstaltungen werden unter anderem sektorale Bebauungspläne für Wohnungsvorhaben, Regelungen zum Vorkaufsrecht, Möglichkeiten zur Flexibilisierung der BauNVO und Vorhaben im Außenbereich im Fokus stehen. Die auf dieser Grundlage aufbereiteten Ergebnisse sollen bis Ende August dieses Jahres vorliegen.

Hitzeaktionspläne in der Praxis



www.difu.de/17641



Dipl.-Ing. Jens Hasse
+49 221 340308-25
hasse@difu.de

Hitzeaktionspläne in der Praxis

Gemeinsam mit Düsseldorf und Karlsruhe erprobt das Difu die Umsetzung der Bund-Länder-Empfehlungen.



Der Kern eines neuen Projekts besteht darin, die „Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit“ der Bund/Länder-Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ in den beiden besonders hitzebelasteten Städten Düsseldorf und Karlsruhe erstmals in Deutschland als 1:1-Piloterprobung in konkretes Verwaltungshandeln zu übertragen und zu Hitzeaktionsplänen für alle Betroffenenengruppen auszuarbeiten. Hierbei wird auch die langjährige Praxiserfahrung ausgewählter französischer Städte mit Hitzeaktionsplänen einfließen.

Auf Grundlage von Fokusanalysen in den Bereichen Gesundheit und Soziales in Düsseldorf und Karlsruhe und dem Erfahrungsaustausch mit den deutschen Partnerkommunen Bonn, Dresden, Esslingen, Karlsruhe (Landkreis), Köln, Ludwigsburg, Mannheim, Stuttgart und Worms sowie den französischen Städten Toulouse und Nancy werden die acht Kernelemente der Handlungsempfehlungen mit vielen lokalen Akteuren und Institutionen umgesetzt. Weitere Kooperationspartner sind das Landeszentrum Gesundheit NRW, das Kompetenzzentrum Klimawandel im Landesumweltamt Baden-Württemberg und die Gesundheitskonferenz Düsseldorf.

Das Difu begleitet die Arbeiten vor Ort als wissenschaftlicher Partner, organisiert Formate für Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer und macht weiteren interessierten Kommunen Good-Practice-Beispiele, Anwendungswissen und Umsetzungserfahrungen aus dem Vorhaben in einem digitalen „Rezeptbuch“ (Flipbook) dauerhaft zugänglich.

Nachhaltige Mobilität fördern

Difu untersucht Auswirkungen von finanziellen und immateriellen Anreizen auf das Mobilitätsverhalten.

Nachhaltige Mobilität fördern



www.difu.de/17624



Anne Klein-Hitpaß
+49 30 39001-260
klein-hitpass@difu.de

Victoria Reichow, M.Sc.
+49 30 39001-257
reichow@difu.de



Foto: Vera Gutofski

Die Mobilität ist in Deutschland stark durch den motorisierten Individualverkehr geprägt. Dieser verursacht erhebliche negative Umweltauswirkungen. Hinsichtlich möglicher politischer Instrumente und Maßnahmen zeigt sich, dass Entlastungen der Umwelt nicht allein durch technische Fortschritte und Infrastrukturmaßnahmen erreicht werden können und Maßnahmen wie Informations- und Imagekampagnen ebenfalls nicht für die nötige Mobilitätswende ausreichen. Hieraus ergibt sich ein Bedarf nach alternativen Instrumenten, um Menschen zu einem nachhaltigeren Mobilitätsverhalten zu motivieren.

Um Veränderungen des Mobilitätsverhaltens zu erreichen, sind sowohl angebotsseitige Pull-Maßnahmen als auch restriktive Push-Maßnahmen erforderlich. Insbesondere Letztere sind häufig politisch sehr umstritten.

Das vom Umweltbundesamt geförderte Projekt zielt darauf ab, einen systematischen Überblick über den Forschungsstand sowie über gute Beispiele finanzieller und immaterieller Anreize und deren Wirkweise auf das Mobilitätsverhalten zu erhalten sowie Umsetzungsoptionen und Rahmenbedingungen zu analysieren. Im Fokus der Untersuchung stehen monetäre und nicht-monetäre Anreize für Änderungen des Mobilitätsverhaltens, wie direkte Boni, Subventionen, Leistungen, die einen materiellen Wert haben oder auch Negativanreize, wie Steuern, Entgelte oder Bußgelder. Im Ergebnis soll durch das – vom Difu mit weiteren Partnern umgesetzte – Vorhaben und die diversen Disseminationsansätze ein Beitrag geleistet werden, das politische Instrumentenspektrum zur Förderung eines nachhaltigen Mobilitätsverhaltens zu erweitern.

Indikatoren für urbane Mobilität



www.difu.de/17650
www.tud.link/jcnd



Dr.-Ing.
Wulf-Holger Arndt
+49 30 39001-252
arndt@difu.de

Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

Indikatoren für urbane Mobilität

Forschungsteam entwickelt Informationssystem für eine evidenzbasierte Mobilitätsplanung.



Foto: Green City e.V.

Ziel des neuen Difu-Projekts ist es, ein breit abgestütztes und von Kommunen getragenes Indikatorensystem für nachhaltige Mobilität zu entwickeln und dieses den Kommunen in einer praxistauglichen Handreichung zur Verfügung zu stellen. Vor diesem Hintergrund liefert das Projektteam einen umfassenden Überblick über die Zielstellungen und Indikatorendefinitionen der strategischen Verkehrsplanung in Deutschland, analysiert das SUMI-Set („Sustainable Urban Mobility Indicators“), identifiziert Änderungsbedarfe und erarbeitet spezifisch deutsche Zusatzindikatoren einer nachhaltigen Mobilität unter Einbeziehung von Kommunen und weiterer relevanter Akteure. Auf der Grundlage des europäischen SUMI-Konzepts sollen bereits bestehende Indikatoren einer nachhaltigen Mobilität in Städten und Kommunen erfasst, weiterentwickelt und zugänglich gemacht werden. Das Projektteam schafft damit ein belastbares Informationssystem für eine evidenzbasierte Mobilitätsplanung: Auf der Basis einheitlicher Datengrundlagen und Indikatoren kann die Entwicklung nachhaltiger Mobilität in den deutschen Städten und Kommunen beschrieben werden. Das Projekt umfasst folgende Arbeitspakete:

- Durchführung einer deutschlandweiten Umfrage zu Nachhaltigkeitszielen in der Mobilität und zu diesbezüglichen Erfahrungen mit Indikatoren gemeinsam mit der TU Dresden
- Workshops mit Planungsakteuren zur Validierung des Ziel- und Indikatorensystems
- Erstellung einer Handreichung für Kommunen zur Messung einer nachhaltigen Mobilität anhand von Indikatoren
- Ableitung von Handlungsempfehlungen für Kommunen, das Bundesverkehrsministerium und Fachverbände

Chancen der Kreislaufstadt

Für ein Projekt sucht das Difu Städte, die Interesse daran haben, eine eigene Kreislaufwirtschaftsstrategie aufzusetzen.

Chancen der Kreislaufstadt



www.difu.de/17768



Dipl.-Ing.
Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de



Foto: Adobe Stock, Mdisk

Mit dem neuen Difu-Projekt „Kreislaufstadt – Chancen für lokale und regionale Resilienz und Wertschöpfung“ will das Difu Kommunen dabei unterstützen, auf Grundlage der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie auf Basis von Erkenntnissen bereits aktiver Kreislaufwirtschaftsstädte und -initiativen eine eigene gesamtstädtische Strategie zu entwickeln. Das Projekt richtet sich dabei sowohl an Städte, die ganz am Anfang ihrer Auseinandersetzung mit dem Thema Kreislaufwirtschaft stehen, als auch an Städte und ihre Wirtschaftsförderungen, die bereits erste Schritte und Maßnahmen eingeleitet haben und Teil entsprechender Netzwerke sind.

Ziele des Vorhabens sind:

- im Verbund mit etwa zwölf Städten einen Modellansatz – bestehend aus den Komponenten Leitbild und Ziele, Strategie, Prozesse, Strukturen, Instrumente und Produkte – für die Entwicklung von ganzheitlichen kommunalen Kreislaufwirtschaftsstrategien zu erarbeiten,
- aus dem Blickwinkel der Wirtschaftsförderung beispielhaft konkrete Aktionspläne zur Kreislaufwirtschaft zu erarbeiten und Indikatoren zur Erfolgs- und Wirkungsmessung zu entwickeln,
- Schnittstellen zwischen einer Kreislaufwirtschaftsstrategie und kommunalen Nachhaltigkeitszielen aufzuzeigen und damit die Anschlussfähigkeit an bereits bestehende kommunale Konzepte sicherzustellen.

Beteiligte Kommunen sollen dazu befähigt werden, eigene Kreislaufwirtschaftsstrategien aufzusetzen. Mit zwei Kommunen aus dem Konsortium können beispielhaft solche Strategien für die kommunale Wirtschaftsförderung entwickelt werden.

Velo-city Leipzig 2023



www.difu.de/17742



Dipl.-Geogr. Tobias Klein
+49 30 39001-175
klein@difu.de

Velo-city Leipzig 2023

Das Difu unterstützt als wissenschaftlicher Partner bei der Programmentwicklung des internationalen Radverkehrskongresses.



Foto: Adobe Stock, Jakob Fischer

Vom 9. bis 12. Mai 2023 ist die Stadt Leipzig Gastgeberin der weltgrößten Radverkehrskonferenz Velo-city. Die Konferenz versammelt rund 1.500 Radverkehrsleute aus Politik, Forschung, Wirtschaft und der kommunalen Praxis aus über 60 Ländern. Nach München im Jahr 2007 ist mit Leipzig erstmals wieder eine deutsche Stadt Austragungsort der Velo-city. Das Deutsche Institut für Urbanistik wurde mit der wissenschaftlichen Begleitung der Programmentwicklung beauftragt.

Das Hauptthema des Weltradgipfels in diesem Jahr heißt „Leading the Transition“. In den vier Tagen wird es in über 60 Sessions und mit mehr als 350 Vortragenden um die Themen „Strong leadership for action“, „Redefining public space“, „Working together towards equitable environment“, „Creating mobility systems of the future now“ und „Towards climate neutral economies“ gehen. Von der Entwicklung nationaler Radverkehrsstrategien über die Umsetzung verkehrsarmer Stadtteile bis hin zu den Potenzialen von Lastenfahrrädern ist für alle etwas dabei, die sich mit Radfahren, aktiver Mobilität und nachhaltiger Stadtplanung beschäftigen. Spannende und hochrangig besetzte Plenarsitzungen, Fachexkursionen, Abendempfangs und die traditionelle Bike-Parade mit tausenden Teilnehmenden aus der Gastgeberstadt und aus aller Welt runden das Programm ab.

Veranstaltet wird die Velo-city von der Stadt Leipzig gemeinsam mit der European Cyclists' Federation und der Leipziger Messe.



Face-to-face-Austausch ist im Difu ein zentrales Element der Fortbildung

Mit der Rückkehr zum Präsenzbetrieb ist wieder Leben in die Veranstaltungsetage des Difu eingeleitet. Das belegt den Wert des unmittelbaren persönlichen Austauschs und zeigt, dass Lernen größtenteils über soziales Miteinander abläuft. Das Difu setzt daher weiterhin auf Präsenzseminare, um neben fachlichem Input auch Erfahrungen und Themen der Teilnehmenden aufgreifen und in kooperativen und kreativen Prozessen gemeinsam weiterentwickeln zu können. Die Erfahrung zeigt, dass der persönliche Austausch bei strategisch relevanten Fragestellungen und neuen Herausforderungen besonders zielführend ist. Dies gilt vor allem, wenn unterschiedliche Ressorts Querschnittsthemen behandeln. Beispiele sind der Erhalt lebendiger Innenstädte, Klimaanpassung oder Energiewende – die fachübergreifende Sichtweise ist unerlässlich und setzt voraus, unterschiedliche Perspektiven und Denkweisen zu kennen.

Das bestehende Difu-Angebot wird um vielfältige digitale Formate ergänzt

Die digitalen Formate und Tools sind eine wichtige Bereicherung des Fortbildungsangebots. Das Difu entwickelt diese Formate ständig weiter. Auch langfristig werden digitale Veranstaltungen dort zum Einsatz kommen, wo sie helfen, den Kontakt und Austausch zwischen dem Difu und seinen Praxispartner*innen zu pflegen, auszubauen und Forschungsergebnisse direkt in die Praxis zu vermitteln. Ein Teil der Difu-Seminare wird künftig digital als Webseminar angeboten, insbesondere zu Nischen-, hochaktuellen oder stark nachgefragten Themen. Dies eröffnet die Möglichkeit des unkomplizierten Austausches und den kurzfristigen Einstieg in neue Themen. Zudem ist es so möglich, auch bei kurzlebigen Themen am Ball zu bleiben.

Es lohnt sich, einen Blick auf die Difu-Website zu werfen und den Difu-Newsletter zu abonnieren:

Hier ist das gesamte Veranstaltungsangebot gebündelt zu finden – sowohl hauseigene Seminare und Veranstaltungen als auch Veranstaltungen im Rahmen der Difu-Forschungs- und Wissenstransferprojekte. Auch diese Veranstaltungen sind durch die Projektförderung oft sehr kostengünstig. Dazu gehören beispielsweise die Veranstaltungen des Mobilitätsforums Bund, des Zentrums für Klimaanpassung, des Service- und Kompetenzzentrums Kommunaler Klimaschutz oder des Dialogforums Bund.

Impulsvorträge – ein exklusives Difu-Online-Angebot für Zuwanderstädte

Die Zuwanderstädte tragen seit der Gründung des Difu als „Solidareinrichtung der Städte“ vor 50 Jahren wesentlich zur Entwicklung der Forschungsthemen und der praxisorientierten Ausrichtung der Fortbildung bei. Der inhaltliche Austausch ist dem Difu besonders wichtig – ob mit Fallstudienstädten im Projektzusammenhang, beim Jahrestreffen oder in Seminaren. Für Difu-Zuwanderstädte besteht die Möglichkeit, sich aus der Palette der Difu-Vortragsthemen einen Impuls online ins Haus zu holen. Difu-Wissenschaftler*innen können zu einer Sitzung, Veranstaltung oder Arbeitsgruppe digital zugeschaltet werden und Themen in der jeweiligen Stadt – begleitet durch Difu-Wissenschaftler*innen – anschieben, zu vermitteln oder weiterentwickeln. Die Übersicht der derzeit angebotenen Themen sind für Zuwander im Difu-Extranet zu finden. Falls das gewünschte Thema nicht dabei sein sollte, so ist es natürlich möglich, dem Institut weitere Themenwünsche und Anregungen zu übermitteln.



Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf

Leiterin Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Auszug Veranstaltungsvorschau 1. Halbjahr 2023

Klimaanpassung in die Flächennutzungsplanung integrieren

Zentrum KlimaAnpassung

12. April 2023, online

➔ www.t1p.de/gebxc

Mehr Umweltgerechtigkeit – Wie kann das in der Kommune gelingen?

Difu-Seminar

17.–18. April 2023, online

➔ www.difu.de/17708

Diskurs am Dienstag: Aktuelle Trends im Radtourismus – Potenziale erkennen und nutzen

Fortbildungen zum Radverkehr

18. April 2023, online

➔ www.difu.de/17804

Innovative Formate für die kommunale Starkregen- und Hitzevorsorge

Difu-Dialog

19. April 2023, online

➔ www.difu.de/17562

Abschlusskonferenz "Nachhaltigkeitshaushalt und Nachhaltigkeitsrendite"

Sonstige

19. April 2023, Düsseldorf

➔ www.difu.de/17723

Antragstellung leicht gemacht!

Kommunalrichtlinie: Energiemanagement

Kommunaler Klimaschutz Online-Sprechstunde

20. April 2023, online

➔ www.t1p.de/9c0jx

Parken im Quartier – Neue Gebühren und Konzepte

Difu-Seminar

20.–21. April 2023, Berlin

➔ www.difu.de/17594

Neue Aufgaben – alte Strukturen?

Mit Change Management

Querschnittsthemen steuern

Difu-Seminar

20.–21. April 2023, online

➔ www.difu.de/17595

Antragstellung leicht gemacht! Kommunalrichtlinie: Klimafreundliche Trinkwasserversorgung

Kommunaler Klimaschutz Online-Sprechstunde

24. April 2023, online

➔ www.t1p.de/22vca

Resiliente Stadt durch digitale Anwendung – Klimaanpassung mit digitalen Tools

Difu-Seminar
24.–25. April 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17596

Kommunale Klimafonds zur Finanzierung von Maßnahmen und als Beteiligungsinstrument

Zentrum KlimaAnpassung
26. April 2023, online
➔ www.t1p.de/19w3p

Fahrradparken: Etablierte Konzepte und innovative Entwicklungen

Fortbildungen zum Radverkehr
26.–27. April 2023, Nürnberg
➔ www.difu.de/17732

Regionale Klimawerkstätten

Zentrum KlimaAnpassung
3. Mai 2023, Berlin
➔ www.t1p.de/opzfw

Qualitätsmanagement und Zertifizierungsverfahren für die Klimaanpassung

Zentrum KlimaAnpassung
3. Mai 2023, online
➔ www.t1p.de/07wzy

Zweites kommunales Open-Data-Barcamp 2023

Sonstige
4. Mai 2023, Köln
➔ www.difu.de/17779

Antragstellung leicht gemacht! Kommunalrichtlinie: Klimaschutzkoordination

Kommunaler Klimaschutz Online-Sprechstunde
4. Mai 2023, online
➔ www.t1p.de/e6ces

Nachhaltiges Bauen in Kommunen – wie ist das zu schaffen? Dekarbonisierung, Suffizienz und Kreislaufwirtschaft zusammen denken

Difu-Seminar
8.–9. Mai 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17598

Fortbildungsseminar für Klimaanpassungsmanager*innen

Zentrum KlimaAnpassung
10.–12. Mai 2023, Leipzig
➔ www.t1p.de/cbgn1

Welche Zukunft hat die Innenstadt? Entwicklungen und Perspektiven

Difu-Seminar
11.–12. Mai 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17599

Reallabore und Erprobungsräume – Der experimentelle Weg vom Versuch zum Verfahren

Difu-Seminar
15.–16. Mai 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17774

Anpassungsstrategie zum Umgang mit Trockenheit

Zentrum KlimaAnpassung
17. Mai 2023, online
➔ www.t1p.de/w933j

1. VDV CityCargoTram Kongress

Sonstige
23.–24. Mai 2023, Leipzig
➔ www.difu.de/17712

Fahrradparken: Etablierte Konzepte und innovative Entwicklungen

Fortbildungen zum Radverkehr
23.–24. Mai 2023, Unna
➔ www.difu.de/17733

Erstellung und Umsetzung von Hitzeaktionsplänen

Zentrum KlimaAnpassung
24. Mai 2023, online
➔ www.t1p.de/1y6u9

Die Kommunalrichtlinie im Überblick

Kommunaler Klimaschutz-Webinar
24. Mai 2023, online
➔ www.t1p.de/ukgvn

Verkehrswende in der Stadtregion – Ein attraktiver ÖPNV als Schlüssel für den Erfolg

Difu-Seminar
5.–6. Juni 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17600

Klimaanpassung und Denkmalschutz: Historische Gärten im Klimawandel

Zentrum KlimaAnpassung
7. Juni 2023, online
➔ www.t1p.de/3og9u

Andere Wohnungen braucht das Land – Wege zum gemeinschaftsorientierten Wohnungsbau

Difu-Seminar in Kooperation mit der Stadt Landau
12.–13. Juni 2023, Landau
➔ www.difu.de/17771

Neue Wirtschaftsmodelle für resiliente Städte – Wie Donut-, Gemeinwohl und solidarische Ökonomien kommunale Strategien sinnvoll ergänzen

Difu-Seminar
12.–13. Juni 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17773

25. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement

Difu-Tagungen/-Kongresse
12.–13. Juni 2023, Eisenach
➔ www.difu.de/17784

Fahrradparken: Etablierte Konzepte und innovative Entwicklungen

Fortbildungen zum Radverkehr
13.–14. Juni 2023, Eberswalde
➔ www.difu.de/17734

Fortbildungsseminar für Klimaanpassungsmanager*innen

Zentrum KlimaAnpassung
14. Juni 2023, Erfurt
➔ www.t1p.de/bs2or

Bewässerung von Stadtgrün: Innovative Ansätze und Beteiligung

Zentrum KlimaAnpassung
14. Juni 2023, online
➔ www.t1p.de/ryud1

Klimaanpassung in stationären Einrichtungen

Zentrum KlimaAnpassung
21. Juni 2023, online
➔ www.t1p.de/bsj9l

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu**Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte**

➔ www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Dialogforum Jugendhilfe

➔ www.jugendhilfe-inklusiv.de

Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)

➔ www.klimaschutz.de/veranstaltungen

Zentrum KlimaAnpassung

➔ www.zentrum-klimaanpassung.de/termine

Mobilitätsforum Bund

➔ www.mobilitaetsforum.bund.de

Überblick sämtlicher Veranstaltungen mit Details, Einzelprogrammen und Online-Anmeldetool – stets aktuell:

➔ www.difu.de/programm

Stadt am Fluss – mehr Lebensqualität durch Wasserlagen in der Stadt

Wie können Wasserlagen zu mehr Lebensqualität in der Stadt beitragen? Chancen und Herausforderungen bei der Entwicklung von Siedlungsflächen entlang von Gewässern waren Thema eines aktuellen Difu-Seminars.



Fast jede europäische Stadt ist am Wasser gebaut, hat „ihren“ Fluss oder Zugang zu Gewässern. Eine Lage am Wasser war jahrhundertlang Voraussetzung für Versorgung, Handel und städtisches Wachstum. Im Zuge dieses Wachstums, der Ansiedlung bestimmter Gewerbe oder in der Nachkriegszeit wurden die Wasserflächen durch die Nutzung als offene Schneisen im Stadtraum für die verkehrsgerechte Stadt in Mitleidenschaft gezogen. Mittlerweile werden aber teils seit Jahrzehnten versteckte, überformte, überdeckelte oder gewerblich genutzte Uferzonen zunehmend wieder als Qualitäten im Stadtraum entdeckt. Der Themenkanon ist dabei je nach Standort sehr breit und reicht von einer Rückgewinnung von Flächen und öffentlichem Raum über Erfordernisse der Klimaanpassung und Resilienz bis hin zum Stadtbild, zur Stadtgestaltung oder der infrastrukturellen Nutzung für den Hochwasserschutz.

Wie können vermeintliche Widersprüche zwischen Schutzbedürfnissen gegen „zu viel Wasser“ mit guter Gestaltung und Baukultur zusammengebracht werden? Welche Impulse können von innerstädtischen bzw. stadtnahen Wasserläufen und Uferlagen für die Stadtentwicklung ausgehen? Beispielhaft wurde in dem Difu-Seminar diskutiert, welche Herausforderungen und Chancen Wasser in der Stadt bietet.

So wurden Praxisbeispiele vorgestellt, bei denen baulicher Hochwasserschutz und baukulturelle Qualitäten in Einklang gebracht wurden. Diskutiert wurde dabei nicht allein die Frage, welchen Mehrwert die bauliche Gestaltung für den Siedlungszusammenhang bringt, sondern ebenso

die Fragestellung „Wie fühlt sich an dieser Stelle eigentlich der Fluss?“. Außerdem kam zur Sprache, welchen Beitrag Wasser leisten kann, um die negativen Folgen des Klimawandels abzumildern. Das Schwammstadtprinzip übernimmt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle.

Der Renaturierung von Gewässern und der Schaffung von Naherholungsräumen widmete sich ein weiterer Themenblock. Im Fokus stand dabei die Wiedergewinnung von Orten entlang der Gewässer, die in der Vergangenheit zunehmend verbaut und als öffentliche Räume verloren gegangen waren. Veränderte Flussläufe, der Rückbau von Flächen im Uferbereich und die Verlagerung von ruhendem Verkehr, Entsiegelungs- und Pflanzmaßnahmen sowie bauliche Maßnahmen für den Aufenthalt leisten entscheidende Beiträge bei der Rückeroberung solcher Räume. Realisierte Beispiele aus Kommunen zeigten multifunktionale, trotzdem grüne und gleichzeitig robuste Gestaltungen von Flächen, die auch überflutet werden dürfen.

Welche weitreichenden Impulse Uferzonen für die Stadt- und Quartiersentwicklung insgesamt entfalten können, war schließlich Gegenstand eines dritten Themenblocks. Unter Berücksichtigung von Aspekten des hochwasserangepassten Bauens lassen sich Brachen gezielt zu attraktiven und qualitätvollen Neubauquartieren entwickeln. Aber auch nicht-natürliche Gewässer wie Kanäle oder Hafenbecken besitzen Potenziale, die für das Wohnen sowie für Gastronomie, Handel, Kultur und Freizeit einen wichtigen Standortfaktor darstellen.



www.difu.de/17749



Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
+49 30 39001-296
strauss@difu.de

Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de

Zusammen ist man weniger allein: Interkommunale Kooperation

Die wachsenden Herausforderungen in Stadtregionen erfordern eine intensive Zusammenarbeit – über Grenzen von Gebietskörperschaften hinweg. Im Difu-Seminar ging es um die Frage, wie Kooperationen gemacht werden und welche ‚Zutaten‘ es braucht.

Seminare zum Thema Kooperation werden von Personen besucht, die in regionalen/interkommunalen Zusammenhängen unterwegs sind oder dies planen, auf jeden Fall aber dem Thema aufgeschlossen gegenüberstehen. Durch diesen Umstand sind die Tatkraft und gute Laune zu erklären, mit der eines der „dicksten Bretter“ im kommunalen Aufgabenportfolio in vielen Facetten diskutiert wurde. Einige Schlaglichter der zwei Tage:



Foto: Ricarda Pätzold

Aktuelle regionale Aufgabenstellungen reichen von Mobilität über Windkraft und Wirtschaftsförderung bis zum Wohnungsbau. Der entscheidende Impuls, den Schritt hin zu einer Kooperation zu machen, ist immer wieder die schlichte Notwendigkeit – manche sprechen auch von „Not und Elend“ als Triebkräfte. Das klingt auf den ersten Blick wenig ambitioniert, doch erweist sich gerade die pragmatische Suche nach Lösungen als kleinster gemeinsamer Nenner. Es steht nicht immer die große Vision am Anfang, sondern vielmehr die einfache Frage: „Was braucht es, damit ihr mitgehen könnt?“ Die Entscheidung, Kooperationen einzugehen, kann durch Förderprogramme beeinflusst werden. Deutlich wurde aber auch, dass vor allem ein Mangel an personellen Ressourcen besteht – die Kapazitäten genügen derzeit kaum für die Pflichtaufgaben.

Gerade deshalb ist es wichtig, ein konstruktives Arbeitsklima in der regionalen Zusammenarbeit zu

schaffen, um trotz der Überlastung die Akteure aus den beteiligten Kommunen für die Zusammenarbeit (und die Extra-Arbeit) zu motivieren. So würde die Begeisterung aus dem Anfangsprozess durch manche Durststrecke bei der Umsetzung tragen. Eine oft genannte Hürde besteht in der Überführung der Zusammenarbeit in eine formelle Struktur. Dieser Schritt ist aber unerlässlich, denn nur so kann die notwendige Verbindlichkeit geschaffen werden. Es hilft an der Stelle auch nichts, Konflikte unter einer „Decke“ guten Willens zu begraben, denn ohne ein breites Bekenntnis scheitert die Kooperation einfach nur später. Die gute Nachricht lautet aber: Wenn der Diskussionsprozess mit den Gemeinderäten und Stadtverordneten abgeschlossen ist, werden die anteiligen Leistungen meist ohne erneute Grundsatzdebatten zur Verfügung gestellt.

Beweisen muss sich der Nutzen der Zusammenarbeit kontinuierlich und in sichtbaren Projekten. Deren Zahl wächst und es werden – wie die Stadtregionen Leipzig und Münster, das Mobilitätsnetzwerk Ortenau, der Landkreis Nienburg oder das Kommunale Nachbarschaftsforum Berlin-Brandenburg zeigten – immer ambitioniertere Ziele angestrebt. Auch die IBA Thüringen oder die Regionale OstWestfalenLippe schaffen es, viele Kräfte zu mobilisieren. Doch es wird nicht überall ein Format, ein Programm oder ein Forschungsprojekt geben können. Die Bevölkerung organisiert ihren Alltag selbstverständlich in regionalen Bezügen. Interkommunale Kooperationen ermöglichen es den Gebietskörperschaften, die mit den kommunalen Grenzen verbundenen Beschränkungen zu überwinden. Aber müsste nicht das administrative Denken über die Gemeindegrenze hinweg als Pflichtaufgabe verankert werden? Oder wie die Geschäftsführerin der Internationalen Bauausstellung Thüringen Dr. Marta Doehler-Behzadi es formulierte: „Was wäre, wenn wir nicht in kleinteilig politisch-administrativen Strukturen, sondern in Regionen, Landschaften, Arbeitsfeldern, Verantwortungs- und Identitätsräumen denken und handeln?“

Das klingt wahnsinnig anstrengend – scheint es aber nicht zu sein, denn allseits wurde betont, dass Zusammenarbeit nicht zuletzt „SPASS“ mache!



www.difu.de/17748



Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Richtwerte für öffentliches Grün: Weiterentwicklung erforderlich

In der Freiraumplanung kommen immer noch Orientierungswerte aus den 1970er-Jahren zum Einsatz. Aktuelle Herausforderungen wie Klimaanpassung, Erhalt der biologischen Vielfalt und Umweltgerechtigkeit bilden diese Werte nur unzureichend ab.

Welche Ansätze zur Weiterentwicklung freiraumbezogener Orientierungswerte gibt es vor diesem Hintergrund in der Wissenschaft und in der kommunalen Praxis? Dieser Frage widmete sich das Difu-Onlineseminar „Grüne Richtwerte – Neue Herausforderungen und Weiterentwicklung“ am 14. und 15. November.

Die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und das Difu stellten fachliche Empfehlungen für weiterentwickelte freiraumbezogene Orientierungswerte vor, die sie gemeinsam in dem vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) von 2019 bis 2022 geförderten Forschungsvorhaben „Stadtnatur erfassen, schützen, entwickeln“ erarbeitet haben. Die Weiterentwicklung der Werte zielt vor allem darauf ab, über die Erholung hinausgehend auch die Klima-, Gesundheits- und Biodiversitätsfunktion von öffentlichen Grünflächen und Grünstrukturen abzubilden. Im Ergebnis werden nach diesen vier

Bestimmung der Funktionswirksamkeit einzelner Grünflächen für alle vier Funktionen und ein Stadtstrukturtypenschlüssel erarbeitet. Die Ergebnisse und fachlichen Empfehlungen wurden im laufenden Forschungsprozess mit einer Vielzahl von Fachleuten aus kommunalen Verwaltungen, kommunaler Planungspraxis und Wissenschaft erörtert und qualifiziert.

Die Städte Dresden, Freiburg i. Br. und Nürnberg gaben Einblick, welche Richt- und Orientierungswerte sie für welche Zwecke in der kommunalen Praxis einsetzen. Auch wenn in den drei Kommunen bei den Werten die Erholungsfunktion des öffentlichen Grüns im Vordergrund steht, spielen zunehmend weitere Aspekte wie Klimaanpassung, Biodiversität und Gesundheit eine Rolle. Zum Einsatz kommen die Werte insbesondere im Rahmen von Bebauungsplänen und kooperativen Baulandmodellen, wenn es um die Planung von Grünflächen in neuen Wohngebieten geht, sowie bei Freiraumversorgungsanalysen und der darauf aufbauenden Erarbeitung von Grün- und Freiraumkonzepten. Teils besteht Klärungsbedarf, wie die Bedeutung des privaten Grüns sowie dessen Verhältnis zum öffentlichen Grün ausreichend abgebildet werden kann. Deutlich wurde auch, dass es in der Praxis Bedarf gibt, die Einhaltung der Orientierungswerte zu optimieren – durch mehr Verbindlichkeit, aber auch durch bessere Überzeugungsarbeit. In der lebendigen Diskussion der knapp 40 Teilnehmenden wurden viele Anregungen zum Einsatz in der Praxis gegeben.

Abschließend erörterten Vertreter*innen aus Kommunen, des Bundes und der Wissenschaft in einer Podiumsdiskussion, wie es gelingen kann, zeitnah fachlichen Konsens über die von der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und Difu empfohlenen Richtwerte zu erlangen und gleichzeitig eine hohe Verbindlichkeit dafür zu erreichen. Übereinstimmend wurde es für wichtig erachtet, die Forschungsergebnisse kompakt und transparent zu kommunizieren sowie die vorgeschlagenen Werte einem Praxistest zu unterziehen. Auf diese Weise könnte die Basis für eine erfolgreiche Konventionbildung geschaffen werden. Für mehr Verbindlichkeit der Werte sei es erforderlich, das Thema Grün im Baugesetzbuch weiter zu stärken und die Orientierungswerte in Förderrichtlinien zu verankern.



Foto: Thomas Franke



www.difu.de/17757



Dipl.-Ing. Christa Böhme

+49 30 39001-291

boehme@difu.de

Dipl.-Geogr. Luise Willen

+49 221 340308-19

willen@difu.de

Funktionen differenzierte Kernindikatoren und Orientierungswerte für das öffentliche Grün empfohlen, die sowohl gesamtstädtisch als auch teilräumlich (z.B. Stadtteil, Gebiet eines Bebauungsplans) anwendbar sind. Zudem wurden Kenngrößen zur

Jugendämter als lernende Organisation

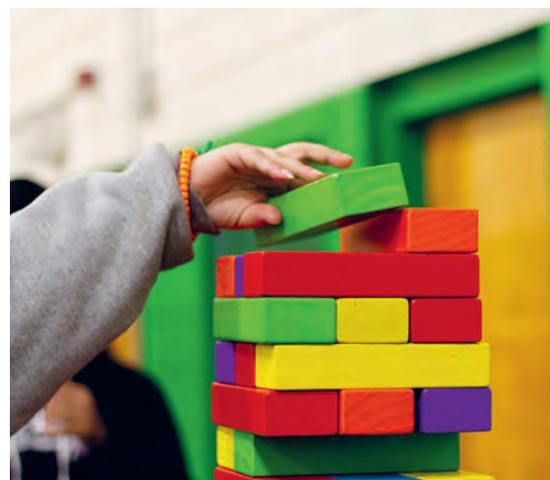
Wie kann die inklusive Lösung für die Kinder- und Jugendhilfe in der kommunalen Praxis realisiert werden? Konzepte und Lösungswege für die Umsetzung waren Thema eines Praxisworkshops des Dialogforums im Difu.

Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) ist seit fast zwei Jahren in Kraft und beinhaltet in unterschiedlichen Handlungsfeldern viele neue und erweiterte Aufgaben für die Praktiker*innen in der Kinder- und Jugendhilfe. Das bedeutet, dass viele strategische, aber auch komplexe fachliche Fragestellungen zu bearbeiten sind und neue Kooperationen und Vernetzungen auf der örtlichen Ebene entstehen müssen. Das Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis. Inklusionsgerechte Kommune – Gestaltungsperspektiven im Rahmen des KJSG“ begleitet die Leitungs- und Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe im engen Austausch mit dem BMFSFJ dabei, das KJSG in der Praxis mit Leben zu füllen. Ein wichtiger Baustein hierfür ist die Veranstaltungsreihe „Praxisworkshops für Jugendämter“, in der Konzepte und Lösungsansätze für den schrittweisen Übergang zur Umsetzung der inklusiven Lösung diskutiert werden.

Der erste Praxisworkshop unter dem Titel „Mosaiksteine“ fand online am 17./18. November statt. Am ersten Tag standen eine Sondierung aktueller Herausforderungen in der kommunalen Praxis sowie die kollegiale Fallberatung im Vordergrund. Am zweiten Tag wurden insbesondere die Reorganisation der Verwaltung im Jugendamt und die damit verbundenen neuen und erweiterten Kooperationserfordernisse mit freien Trägern und der Eingliederungshilfe diskutiert.

Fragen der Personalgewinnung und des Schnittstellenmanagements, also der Kooperation verschiedener Sozialleistungsträger wie z.B. des Jugendamtes und der Eingliederungshilfe oder des Gesundheitswesens, waren hier die Leitthemen. Die Teilnehmenden forderten, dass Bund und Länder, als die wichtigen rahmensetzenden Ebenen, die schwierige Situation in den Jugendämtern stärker berücksichtigen, wenn Gesetze, Richtlinien und andere Handlungsrahmen diskutiert und beschlossen werden. Dazu gehören ein guter Informationsfluss, eine intensive Kommunikation und eine stärkere Beteiligung von Jugendämtern an Gestaltungsprozessen. Auch sollten Möglichkeiten zu sinnvollen Deregulierungen angesichts der Komplexität und Dichte derzeitiger Regulierungen im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung geprüft werden. Vor diesem Hintergrund stellte sich in der Diskussion von Einzelthemen immer wieder

die Frage, inwieweit übergeordnete Rahmenbedingungen – Gesetze und Zuständigkeiten nach Rechtskreis, Ursachen des Fachkräftemangels außerhalb des Einflussbereichs von Jugendamt und Trägern (z.B. demografischer Wandel), Endlichkeit der Verfügbarkeit sozialer Infrastruktureinrichtungen – das eigene Handeln beschränken. Diskutiert wurde, wie weit der jeweilige Handlungsspielraum (dennoch) reicht, um in stärkerem Maße „flexible“ Lösungen umzusetzen. Hier geht es um Fragen der Kooperation mit anderen Akteuren in der eigenen Kommune als „Ressourcenträger“, über die Arbeitsplatzgestaltung und die Organisation von Kooperationen bis hin zu Möglichkeiten der Ressourcenbündelung, z.B. durch regionale Zusammenschlüsse kleinerer Jugendämter bei der Implementierung des Verfahrenslotsen. Kurz: Es spannte sich ein Betrachtungsfeld zwischen „gegebenen Rahmenbedingungen“ und „mutigen, kreativen Lösungen“ auf.



Werkstattberichte aus den Städten Krefeld, Magdeburg und Rosenheim veranschaulichten diese Themen und machten deutlich, dass die Umsetzung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe ein großes und vielfältiges Umsteuerungsvorhaben ist, das in seiner Umsetzung entsprechende Ressourcen benötigt. Dabei ist das Jugendamt nicht alleiniger Akteur, sondern es geht in den nächsten Schritten um eine organisatorische Reform der gesamten kommunalen Sozialplanung, die viele engagierte Mitstreiter und die Unterstützung der Stadtverwaltung braucht.



www.difu.de/17758



Kerstin Landua
+49 30 39001-135
landua@difu.de

Dr. Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de



Nutzungsansprüche und Konflikte an der Bordsteinkante

Beim Difu-Seminar „Vorsicht an der Bordsteinkante. Ein altes Bauelement trifft auf Innovation“ wurde diskutiert, wie unterschiedliche Nutzungsansprüche koordiniert und Konflikte vermieden werden können.

Die Bordsteinkante prägt den Straßenraum: Wenn man beispielsweise durch das antike Pompeji geht, fallen die Bordsteinkanten als strukturierendes Element der innerstädtischen Straßen auf. Gegenwärtig ist die Bordsteinkante der Ort, an dem sich unterschiedliche Nutzungsansprüche treffen. Für Strategien, diese zu steuern und zu koordinieren, hat sich im englischen Sprachraum der Begriff „Curbside Management“ etabliert. Im Seminar wurde der Frage nachgegangen, wie mit den verschiedenen Ansprüchen umgegangen werden kann und wie sie im Hinblick auf eine nachhaltige Stadtentwicklung und Mobilität in einen Ausgleich gebracht werden können.

Lieferdienste sind ein Beispiel für neue Anforderungen wie auch die Verstärkung bekannter Entwicklungen mit einem Kristallisationspunkt an der Bordsteinkante. Hierbei spielt die Radlogistik eine zunehmend wichtige Rolle, deren Ziel es ist, große, schwere, energieintensive Kraftfahrzeuge durch kleine, leichte, energiesparende Lastenräder zu ersetzen. Radlogistik benötigt Flächen am Straßenrand, führt aber auch im Vergleich zur Logistik mit Kraftfahrzeugen zu einer effizienteren Flächennutzung. Insbesondere in den großen Städten sind verschiedene Formen der Mikromobilität – also Leihräder und E-Tretroller – im Straßenraum sehr präsent und beanspruchen als ruhender Verkehr



bisher häufig noch Flächen auf den Gehwegen. Zukünftig sollte dies an der der Straße zugewandten Seite des Bordsteins stattfinden. Dabei geht es immer auch um eine Neuordnung des Parkens, um so Platz für innovative Mobilitätsangebote zu schaffen. In innerstädtischen Wohnquartieren mit Altbaubestand ist mit Blick auf die Energiewende der Aufbau von Ladeinfrastruktur im öffentlichen

Straßenraum bedeutend – auch hierbei verändert sich die Rolle der Bordsteinkante, die zur „Tankstelle“ wird und ein Management von Ladezeitfenstern erfordert.

Zunehmend Aufmerksamkeit erfährt auch die Klimaanpassung, insbesondere die Resilienz gegenüber Hitze und Starkregen. Im Fokus steht der Bereich der Bordsteinkante: Es geht um die Entsigelung von Flächen für Baumpflanzung und die Schaffung von Infrastruktur, so dass Wasser vor Ort versickern kann, statt unmittelbar abgeleitet zu werden. Somit ist auch die Klimaanpassung ein Gesichtspunkt, den es bei der Planung von Straßenräumen zukünftig stärker zu berücksichtigen gilt – und auch ein starkes Argument, die bisherige Dominanz des ruhenden privaten Kraftfahrzeugverkehrs an der Bordsteinkante zu brechen. Diskutiert wurde die Frage, wie sich dieser neue Planungsaspekt angesichts knapper Personalressourcen in die Abläufe integrieren lässt. In das Blickfeld rücken in diesem Zusammenhang die rechtlichen Steuerungsmöglichkeiten – bzw. deren Defizite. Problematisch ist, dass Parken genehmigungsfreier Gemeingebrauch ist. Das Straßenrecht wie auch das Straßenverkehrsrecht sind bislang sehr stark auf den motorisierten Individualverkehr hin ausgerichtet. Erschwerend kommt hinzu, dass die Kontrolle des Falschparkens bisher oft nur unzureichend ist. Um den verschiedenen Nutzungserfordernissen und Nutzungsansprüchen zukünftig besser gerecht zu werden, ist ein Paradigmenwechsel erforderlich. Hierzu gehört beispielsweise auch das konsequente Vorgehen gegen illegales Gehwegparken, aber auch neue Formen der Priorisierung und Abwägung der unterschiedlichen Nutzungsansprüche. So sollten Aspekte der Aufenthaltsqualität und die Resilienz von Straßenräumen für veränderte Wetterlagen infolge des Klimawandels ein höheres Gewicht erhalten.

Last but not least können digitale Anwendungen dabei helfen, einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Nutzungsansprüchen zu schaffen, indem beispielsweise Zeitfenster in Lieferzonen reserviert werden können, oder durch Geofencing öffentliche Räume von bestimmten Nutzungen freigehalten werden. Hiermit ist man dann beim Curbside Management im engeren Sinne.



www.difu.de/17756



Dr. phil. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de



Thorsten Geyer

ist seit Januar im Bereich Wissensmanagement und Fortbildung am Difu-Standort Berlin tätig. Dort verstärkt er die Bibliothek, wo neben der Verbundkatalogisierung u.a. Schulungen zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören werden. Mit dem Start am Difu wechselt er aus dem privaten Hochschulbereich in ein außeruniversitäres Forschungsinstitut: Für ihn ein bekanntes Feld, denn während des Studiums arbeitete er mehrere Jahre als studentische Hilfskraft in der Bibliothek des WZB. Er studierte Bibliothekswissenschaft, Soziologie und Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Rita Gräber

langjährige Mitarbeiterin des Bereichs Wissensmanagement am Standort Berlin, wechselte im Dezember nach mehr als drei Jahrzehnten am Difu in den Ruhestand. 1991 startete sie als Sachbearbeiterin im Projekt „Hilfen zum Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern“ und arbeitete seit 1995 als Diplom-Dokumentarin für die Difu-Literaturdatenbank ORLIS. Hier lag ihr Arbeitsschwerpunkt auf dem Gebiet der kommunalwissenschaftlichen Hochschulschriften, die sie mit großer Kontinuität dokumentierte. Seit 2003 war Rita Gräber durch ihr fundiertes Wissen und ihre umfangreichen Erfahrungen gefragte Ansprechpartnerin für alle Fragen der Literaturrecherche und verantwortlich für die Institutsbibliothek.

Jan-Philipp Mesenbrock

arbeitet seit Dezember als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Difu-Forschungsbereich Mobilität am Standort Berlin. Er unterstützt das Team Nahmobilität in Projekten der Radverkehrsförderung, indem er Online- und Präsenzseminare konzipiert und moderiert. Zudem wirkt er mit in Projekten zu Umsetzungshemmnissen der Radverkehrsplanung und der Optimierung von multimodalen Wegeketten. Zuvor beschäftigte er sich am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) mit dem Zusammenhang von Parkraumbewirtschaftungszonen und PKW-Besitz. Er studierte Geographie (B.Sc.) an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und an der University of Birmingham. Anschließend erwarb er ein Double Degree in Sustainable Urban Mobility Transitions (M.Sc.) an der Eindhoven University of Technology und in Helsinki an der Aalto University.

Susanne Plagemann

arbeitete nach ihrem Studium der Informations- und Dokumentationswissenschaften (FU Berlin) zunächst an der TU Berlin. Sie wechselte im November 1989 in den Bereich des Wissensmanagements am Difu, zeitgleich mit dem Fall der Berliner Mauer. Die nachfolgende Zeit war für die Arbeit am Institut sehr herausfordernd, denn es galt auch seitens des Difu, die Städte der ehemaligen DDR beim Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung zu unterstützen. Parallel entwickelte sich der digitale Bereich weltweit rasant: Internet, E-Mail, Informationsservices, Datenbanken. Susanne Plagemann wirkte darauf hin, diese Entwicklungen für das Difu – und damit für die Kommunen – frühzeitig nutzbar zu machen. Internetauftritt, E-Mail-Nutzung, E-Mail-Newsletter, Online-Datenbankzugänge, Extranet – dank Susanne Plagemann war das Difu stets ein Earlybird bei digitalen Informationsangeboten. Den Bereich Wissensmanagement, den sie lange Jahre leitete, verstand sie immer als Serviceeinrichtung nach innen und außen. Nach 33 Jahren am Difu ist sie zum Jahresende in den Ruhestand gewechselt.

Anne Roth

war vier Jahre im Forschungsbereich Umwelt am Difu-Standort Köln tätig. Sie leitete das BMBF-Forschungsprojekt „iResilience“ und arbeitete als wissenschaftliche Mitarbeiterin in mehreren Projekten des kommunalen Klimaschutzes, zudem war Anne Roth Autorin mehrerer Publikationen und führte diverse Veranstaltungen durch. Ein besonderer Fokus galt der transdisziplinären Arbeit und dem unmittelbaren Zusammenwirken mit Bürger*innen und Verwaltungsmitarbeitenden, beispielsweise im Reallabor Köln im Rahmen des Projekts iResilience. Anne Roth wird auch künftig ihrem bisherigen Themenschwerpunkt treu bleiben: Energiewende, Strategien und Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung und zum Klimaschutz stehen für sie an der neuen Wirkungsstätte, der Region Köln/Bonn e.V. ebenso ganz oben auf der Agenda.

Stefanie Schäfer (ohne Foto)

war mehr als acht Jahre lang wissenschaftliche Mitarbeiterin im Difu-Forschungsbereich Umwelt am Standort Berlin. Sie wechselte im November in das Bundesumweltministerium (BMUV). Seit Juni 2020 war sie bereits in das Referat für die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) und den kommunalen Klimaschutz an das Bundesumweltministerium bzw. an das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) abgeordnet. Zuvor war Stefanie Schäfer am Difu als Team- und Projektleiterin des Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) tätig und in diesem Zusammenhang auch am Gelingen von vielen Publikationen und Veranstaltungen beteiligt.

Elsa Schmersal

ist seit Januar als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen am Difu-Standort Berlin tätig. Im Kern ihrer Arbeit stehen Fragen urbaner Resilienz, sozialer Vulnerabilität sowie des Krisenmanagements. Im Difu-Projekt „Stärkung städtischer Resilienz am Beispiel von Pandemien“ befasst sie sich mit dem kommunalen Handeln während der Coronapandemie. Zuvor arbeitete sie für das Deutsche Rote Kreuz in Forschungsprojekten zu Herausforderungen des Bevölkerungsschutzes, u.a. mit Blick auf Vulnerabilitäten, sozialräumliche Vernetzung und zukunftsfähige Hilfeleistungssysteme. Sie studierte Sozial- und Kulturanthropologie (MA) an der Freien Universität Berlin und widmete sich hier besonders der sozialwissenschaftlichen Katastrophenforschung.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Thorsten Geyer (Foto: Privat), Rita Gräber (Foto: Marcus Sielaff), Jan-Philipp Mesenbrock (Foto: Vera Gutofski), Susanne Plagemann (Foto: David Ausserhofer), Anne Roth (Foto: Marcus Sielaff), Elsa Schmersal (Foto: Vera Gutofski).



Difu auf internationalem Superblock-Meeting in Barcelona

Städte lebenswert und klimaresilient machen, darum ging es beim internationalen, gemeinsam vom Difu, weiteren Partnern des Projekts TuneOurBlock sowie der Stadt Barcelona initiierten Meeting. Ein besonderer Fokus lag bei den Superillas, auch Superblocks oder Kiezblocks genannt. Vertreter*innen folgender Städte nahmen vom 22.-25. März an der Veranstaltung teil: Barcelona, New York, Berlin, Brüssel, Kopenhagen, Gent, Ljubljana, Lodz, London, Mailand, Paris, Rotterdam, Wien, Valencia, Vitoria-Gasteiz und Zürich.

➔ www.t1p.de/4powt

Immer wieder mittwochs: ZKA-Spotlights der Klimaanpassung

Fragen rund um das Thema Klimaanpassung kann man übrigens bei den wöchentlich online angebotenen „Spotlights“ des Zentrum Klima Anpassung loswerden – und auch gleich drüber diskutieren. Sollten Fragen offenbleiben, so besteht die Möglichkeit, nachträglich ergänzende Beratung in Anspruch zu nehmen. Zu Beginn jedes Spotlights geben ZKA- sowie externe Fachleute einen kurzen Impulsvortrag zum Schwerpunktthema. Anschließend geht's um die Fragen der Teilnehmenden – und die Antworten. Die Spotlights sind kostenfrei und finden mittwochs von 10 bis 11.30 Uhr statt. Die nächsten Themen: Gewerbegebiete, Stadtklimaanalysen, Flächennutzungsplanung, Klimafonds, Qualitätsmanagement, Trockenheit, Hitzeaktionspläne, historische Gärten, Bewässerung, stationäre Einrichtungen.

➔ www.t1p.de/0ztrr

Kongress Armut und Gesundheit mit Difu-Inputs

Die am Difu angesiedelte und von Christa Böhme koordinierte AG Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung hat beim diesjährigen bundesweiten Kongress Armut und Gesundheit zwei digitale Foren angeboten: „Resiliente und gesundheitsfördernde Quartiersentwicklung“ sowie „Gesundheit in der Kommune planen – integriert und kooperativ“. Das Difu beteiligte sich zudem mit zwei Vorträgen: Jens Hasse referierte zu Reallaboren für eine klimaresiliente Quartiersentwicklung und Thomas Preuß erläuterte die Ergebnisse und

Praxisempfehlungen, die kürzlich in der für das Umweltbundesamt erstellten Publikation „Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt – Empfehlungen für die Praxis“ veröffentlicht wurden.

➔ www.t1p.de/u0kcg

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung mit Difu-Beteiligung

Difu-Wissenschaftler Wolf-Christian Strauss hat am 26. Januar auf dem Zukunftsforum Ländliche Entwicklung im Rahmen der Grünen Woche beim Fachforum „Kommunen als Zukunftsort-Gestalter*innen“ einen Impulsvortrag gehalten und an der Podiumsdiskussion teilgenommen. Die dokumentierte Veranstaltung war Auftakt zu einer Dialogreihe „Wandel machen vor Ort“.

➔ www.t1p.de/zxjkr

Evolving23: Klimaanpassung im ländlichen Raum

Seit Juli 2019 werden ausgewählte Regionen im Projekt Evolving Regions dazu befähigt, Klimaanpassungsmaßnahmen zu entwickeln und ihre Region klimarobust zu machen. Bei der Konferenz „Klimaanpassung im ländlichen Raum – Aufbruch in die Umsetzung“ wurde am 9.2.2023 diskutiert, welche Perspektiven der Klimaanpassung es auf regionaler Ebene gibt, wie Klimaanpassungsmaßnahmen umgesetzt werden können und welche Aufgaben und Herausforderungen künftig bestehen. Dr. Andrea Fischer-Hotzel vom Zentrum KlimaAnpassung war im Themenfeld „Finanzierung von Klimaanpassungsmaßnahmen“ beteiligt. Ines Fauser von der Kommunalberatung Klimaanpassung NRW am Difu gab einen Input zum Klimaanpassungs-Check und diskutierte, wie die Klimaanpassung in kommunale Entscheidungsprozesse integriert werden kann.

➔ www.t1p.de/beiz0

Auszeichnung für CO₂-neutrale Quartiere

Das Klimabündnis Stadtentwicklung widmet sich dem Klimaschutz in Brandenburgischen Städten und Gemeinden. Zusammen mit Akteur*innen der Kommunen sollen konkrete Projekte angestoßen werden, um den Klimaschutz in der Stadtentwicklung voranzubringen. Das Klimabündnis will mit gelungenen Beispielen von Projekten vitaler Städte aufmerksam machen und lobt hierzu alle zwei Jahre den

Wettbewerb „Vision CO₂-neutrales Quartier“ aus. In der Wettbewerbs-Jury war u.a. Difu-Wissenschaftlerin Corinna Altenburg beteiligt. Die Preisträger aus Potsdam, Frankfurt (Oder) und Strausberg wurden am 8. Januar gekürt.

➔ www.t1p.de/l75ee

Difu Beitritt im europäischen Städtenetzwerk POLIS

Das Difu ist seit Januar 2023 neues Mitglied von POLIS, dem führenden europäischen Städte-netzwerk zu Mobilität und nachhaltiger Stadtentwicklung. Das Difu schlägt damit eine neue Brücke zwischen Kommunen in Deutschland und im Ausland. Zu den POLIS-Mitgliedern gehören über 100 Städte, Regionen, Forschungseinrichtungen sowie Verkehrsbetriebe.

➔ www.t1p.de/s0m66

Klimavorsorge in NRW – Beratung noch bis August möglich

Noch bis August können Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen das kostenfreie Angebot der am Difu angesiedelten „Kommunalberatung Klimafolgenanpassung NRW“ wahrnehmen. Die Stelle berät zu Fördermitteln, Finanzierung und Umsetzung von Projekten und Maßnahmen der Klimaanpassung.

➔ www.t1p.de/oxtje

Glossar der Fachbegriffe aus der Kinder- und Jugendhilfe

Anspruchsinhaberschaft, Eingliederungshilfe, pauschale Geldleistung, Schulbegleitung, Teilhabeplanung, Pflegegeld/Pflegschaft, Poolmodell, Hilfeplanung, Sozialraumorientierung, Vertrauensperson, Zusammenführung: Was die verschiedenen Fachbegriffe aus der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Behindertenhilfe bedeuten, ist nicht immer klar. Das aktualisierte Glossar des DIALOGFORUM „Bund trifft kommunale Praxis. Inklusionsgerechte Kommune – Gestaltungsperspektiven im Rahmen des KJSG“ bildet den aktuellen Diskussionsstand zu vielen Fachbegriffen ab. Die „Work-in-Progress-Sammlung“ wird kontinuierlich weiterentwickelt.

➔ www.t1p.de/9o4kf

Fotos (v.l.n.r.)

1: Adobe Stock (Pere Sanz), 2, 3: unsplash, 4: Adobe Stock (powell83)



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an die Infos über die Rubrik „Extranet“. Im Berichte-Magazin sind Exklusiv-Inhalte mit diesem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:  www.difu.de/extranet/

Übersicht der Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:  www.difu.de/15192

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme im Umgang auftreten oder Fragen bestehen, so hilft der Bereich Wissensmanagement des Difu gern weiter:

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Kostenfreie Difu-eBooks für Zuwender:

Die Bestellung von Difu-eBooks kann direkt durch Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeitende der Difu-Zuwenderstädte und -verbände erfolgen. Zudem mailt das Difu an seine Difu-Ansprechpartner*innen auf Wunsch automatisch bei Erscheinen neuer eBooks die Codes zum kostenfreien Download (der sonst kostenpflichtigen Difu-Neuerscheinungen) zu. Weitere Infos können über die E-Mail-Adresse vertrieb@difu.de angefragt oder auf der Difu-Website eingesehen werden:  www.difu.de/12544

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Magazin Berichte 1/2023

 www.difu.de/17808

Difu-Jahresrückblick 2022

 www.difu.de/17769

#Klimahacks – Mach Dein Projekt:

Mobilitätsstationen

Klimafreundliche Mobilität

 www.difu.de/17762

Tatkräftig für den Klimaschutz: Wie Sie als

Sozial- und Wohlfahrtsverband profitieren

Die Fördermöglichkeiten der Kommunalrichtlinie

 www.difu.de/17798

Gemeinsam planen für eine gesunde

Stadt – Empfehlungen für die Praxis

 www.difu.de/17743

Aufbau und Erhalt blau-grün-grauer Infrastrukturen. Fallbeispiele, Konstellationen und Kooperationsmanagement

 www.difu.de/17674

Dreifache Innenentwicklung

Definition, Aufgaben und Chancen für eine umweltorientierte Stadtentwicklung

 www.difu.de/17687

Neue Instrumente der Baulandmobilisierung

Handreichung

 www.difu.de/17766

Praxis der kommunalen Baulandmobilisierung und Bodenpolitik

 www.difu.de/17799

Baugebote für den Wohnungsbau – von der kooperativen Aktivierung bis zur Anordnung Arbeitshilfe für die kommunale Praxis

 www.difu.de/17735

Inclusive Housing Policies: Housing is the beginning

Policy recommendations to improve housing for refugees in European cities and inspiring practice examples from Austria, Germany and Sweden

 www.difu.de/17709

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Nachhaltigkeitshaushalte und Nachhaltigkeitsrendite

Wirkungsorientierte Haushaltssteuerung durch SDGs, Taxonomie und Co.

  www.difu.de/17783

Stadt am Fluss

Rückgewinnung städtischer Räume (Erfahrungsaustausch Baukultur)

  www.difu.de/17689

Ins Handeln kommen! (Alternative) Strategien

zur Fachkräftegewinnung und -bindung Schritte und erste Lösungen auf dem Weg zur

inklusive Kinder- und Jugendhilfe

  www.difu.de/17700

Zusammen ist man weniger allein

Interkommunale Kooperation von der Idee zum Projekt

  www.difu.de/17725

Digitalisierung schulischer Bildung

Mehr als ein finanzieller Kraftakt?

  www.difu.de/17726

Mosaiksteine

Schritte und erste Lösungen auf dem Weg zur inklusiven Kinder- und Jugendhilfe

  www.difu.de/17699

Richtwerte für öffentliches Grün:

Weiterentwicklung erforderlich

  www.difu.de/17757

Nachrichten aus dem Difu-Extranet

  www.difu.de/extranet/nachrichten



Foto: Gina Sanders, Adobe Stock

Presseresonanz – das Difu in den Medien

Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu online erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

Berliner Mieterverein, 19.3.2023

Berliner Bodenpreise sind die größte Blockade

Die gestiegenen Bodenpreise verhindern die Schaffung von Wohnraum, Platz für Schulen, Verwaltung und Kultur. Expert:innen diskutieren über die „Rückeroberung“ des Bodens.

➔ www.t1p.de/75knf

WDR5, Quarks, 17.3.2023

Verkehrswende – muss es unbequem werden?

Nachhaltig leben – darum fällt es uns schwer. Wie bekommen wir die Verkehrswende hin? Wie können wir unsere Gewohnheiten ändern?

➔ www.t1p.de/q3kpr

Manager Magazin, 13.3.2023

Kaufhäuser in der Krise – wie sich der Einzelhandel verändert hat

Warum haben es Kaufhäuser heute so schwer? Wie hat sich der Einzelhandel verändert und was bedeutet das für die Innenstädte? Wer konkurriert und wer sind die größten Einzelhändler?

➔ www.t1p.de/nbu5a

tagesschau24.de, 10.3.2023

KlimaZeit: Klimaschutzmanager im Rhein-Hunsrück-Kreis

Klimaschutz in Kommunen betrifft die Energieversorgung, Mobilität oder Stadtentwicklung. Dafür werden Klimaschutzbeauftragte gebraucht, erklärt Corinna Altenburg vom Difu.

➔ www.t1p.de/e9pr5

WDR – Quarks Daily, 3.3.2023

Die Stadt der Zukunft - So könnte sie aussehen

Was können wir von anderen europäischen Städten lernen? Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat elf Beispielstädte untersucht.

➔ www.t1p.de/4pegh

taz, 19.2.2023

Wir brauchen mehr Grünflächen“

Klimawandel und Digitalisierung verändern Innenstädte. Urbanistikforscherin Sandra Wagner-Endres über neue Nutzungen und soziale Räume.

➔ www.t1p.de/ou4bx

Detektor.fm, 7.2.2023

Was ist Grüne Gentrifizierung?

Durch mehr Grünflächen werden Städte klimaresilienter. Aber: Die grüne Aufwertung lässt die Mieten steigen. Wie werden Städte grün und gleichzeitig sozial gerecht?

➔ www.t1p.de/x8qbw

stadtvonmorgen, 6.2.2023

Die gesunde Stadt von morgen

Das Thema Gesundheit wird in der Stadtplanung nicht ausreichend berücksichtigt. Auf dieses Defizit weist ein Papier des Umweltbundesamts hin.

➔ www.t1p.de/lzsmg

WDR Kugelzwei, 29.1.2023

Stadtplanung: Eine Stadt für alle? So kann sie aussehen

In der Stadtplanung ging es lange um Funktionalität – nicht darum, ob sich die Menschen wohlfühlen. Hier setzt „Gender Planning“ an.

➔ www.t1p.de/9kxqs

ZDF WISO, 30.1.2023

Wohnungslos trotz regulärem Job: Notunterkunft statt bezahlbarer Wohnung

In Städten und auf dem Land gibt es zu wenige Wohnungen für Menschen mit geringen Einkünften. Inzwischen finden nicht mal die Menschen eine eigene Wohnung, die Vollzeit arbeiten.

➔ www.t1p.de/111s

BR Fernsehen, 29.1.2023

„Grünflächen erhalten“: München und das Bürgerbegehren

München wächst: Die Stadt braucht neben Wohnraum aber auch grüne Flächen. Ein Bürgerbegehren will jetzt erreichen, dass keine städtische Grünfläche mehr bebaut werden darf.

➔ www.t1p.de/qtm59

Frankfurter Rundschau, 25.1.2023

Klimakiller Bauen: So soll die Branche sauber werden

Die Standardantwort auf Wohnungsnot heißt oft: Bauen, bauen, bauen. Doch der Bausektor ist ziemlich klimaschädlich. Ein Ausweg liegt in der sogenannten Kreislaufwirtschaft.

➔ www.t1p.de/zk9hj

Berliner Mieterverein, 20.1.2023

Was bei der Nachverdichtung schief läuft und wie es besser gehen kann

Die städtische Nachverdichtung bietet Potenzial zur Schaffung von neuem Wohnraum durch nachhaltigen Um- und Ausbau bebauter Wohngrundstücke.

➔ www.t1p.de/xdwz5

Deutschlandfunk Kultur, 18.1.2023

Integration von Geflüchteten: „Die Kommunen leisten Enormes“

Deutsche Kommunen haben bei der Aufnahme Geflüchteter dazugelernt: Die Integration ins Wohnumfeld gelinge inzwischen gut. Schulen und Kitas kämen aber an ihre Belastungsgrenzen.

➔ www.t1p.de/sfpkx

Deutschlandfunk, 12.1.2023

Die Charta von Athen – Blaupause für die autogerechte Stadt?

Vor 90 Jahren entwickelten Architekten eine Vision der Stadt der Zukunft: Kurze Wege, viel Grün und eine Ebene für das Auto. Geht die Zerstörung unserer Innenstädte darauf zurück?

➔ www.t1p.de/ibpe1

Clean Energy Wire, 5.1.2023

Unterstützung der Kommunen als Schlüssel für erfolgreichen Klimaschutz

Kommunen stehen bei der Transformation der Städte, der Infrastruktur und des europäischen Energiesystems an der Spitze und sollten daher diesen Wandel aktiv gestalten, so das Difu.

➔ www.t1p.de/bc7gy

der gemeinderat, 3.1.2023

Kommunen wieder in eine faire ‚Wettbewerbssituation‘ versetzen

Die kommunale Ebene ist entscheidend: Vor Ort werden die Weichen gestellt. Difu-Direktor Carsten Kühl erklärt, wie (noch) mehr Spielraum für Transformation geschaffen werden müsste.

➔ www.t1p.de/5bx26

